

Hugo Hickmann – ein Riese unter den Zwergen? Der CDU-Landesverband Sachsen und sein Vorsitzender 1945 bis 1950

von
OLIVER SALTEN

Ernst Eichelbaum, 1945 Mitbegründer der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in Leipzig und von 1957 bis 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages, bezeichnete den ersten Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Sachsens, Hugo Hickmann, 1982 rückblickend als *Riese unter den Zwergen*.¹ Auch wenn kritische Stimmen nicht fehlten,² war doch auch unter Zeitgenossen ein hohes Maß an Bewunderung und Respekt ihm gegenüber festzustellen,³ der in der Weimarer Republik für die rechtsliberale Deutsche Volkspartei langjähriger Abgeordneter und Vizepräsident des Sächsischen Landtages war.⁴ Will man sein Wirken

-
- ¹ Vgl. Wortprotokoll der Tagung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin „Die CDU in der SBZ 1946–1948“ im Kloster Walberberg am 22./23. November 1982, S. 224, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (im Folgenden: ACDP), Bestand Konrad-Adenauer-Stiftung 12-001-0827/5.
 - ² Vgl. die Aussagen von Ruth Matthaes, in: Wortprotokoll der Tagung des ACDP „Die CDU in der SBZ 1946–1948“ im Kloster Walberberg am 22./23. November 1982, S. 220-222, in: ACDP 12-001-0827/5.
 - ³ Vgl. Glückwunschschreiben von Pfarrer Ludwig Kirsch an Hugo Hickmann zu dessen Geburtstag vom 19. August 1948, worin Hickmann als *bester Mann der Zone* bezeichnet wurde, in: ACDP, Bestand Landesverband Sachsen 03-035-074.
 - ⁴ Zu den biografischen Daten bis 1945: Hugo Hickmann wurde am 3. September 1877 in Dresden als Sohn des evangelisch-lutherischen Pfarrers und Vereinsgeistlichen der Inneren Mission in Sachsen Hugo Woldemar Hickmann und dessen Frau Margarete geboren. 1892 bis 1899 besuchte er das Gymnasium in Freiberg und studierte anschließend in Leipzig das Fach Theologie, das er mit dem Staatsexamen abschloss. Ab 1903 war er Lehrer an Schulen in Roßwein und Riesa, bevor er 1906 ständiger Seminarlehrer am Lehrerinnenseminar in Dresden wurde. 1908 wechselte er an das Königin-Carola-Gymnasium in Leipzig und wurde 1917 zum Gymnasialprofessor, 1926 zum Ehrendoktor der Universität Leipzig ernannt. Nach dem Ersten Weltkrieg trat er 1919 der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei bei und war ab 1922 Abgeordneter im Sächsischen Landtag. 1926 bis 1933 war er Vizepräsident des Sächsischen Landtages und ab 1931 auch Fraktionsvorsitzender. Zudem gehörte er der evangelisch-lutherischen Landessynode an. Nach Auflösung des Landtages durch die Nationalsozialisten 1933 wurde er nach seiner Entlassung aus allen politischen und kirchlichen Ämtern in den vorzeitigen Ruhestand versetzt und musste Rede- und Versammlungsverbote sowie diverse Verhöre über sich ergehen lassen. In dieser Zeit übernahm er den Vorsitz der Sächsischen Haupt-Bibelgesellschaft und war seit 1933 Domherr des Hochstifts Meißen. Vgl. dazu: Personalakte von Hugo Hickmann, in: ACDP, Bestand CDU in der SBZ/DDR 07-011-2993; Lebenslauf von Hugo Hickmann vom 12. Dezember 1945, in:

als Landesvorsitzender jedoch einer wissenschaftlichen Bewertung unterziehen, stößt man zumeist auf eine allgemeine Ratlosigkeit dahingehend, wie man Hickmanns demokratische Überzeugungen mit seiner relativ lange ausgeübten Kooperation mit der sowjetischen Besatzungsmacht in Einklang bringen will. Dies drückt sich am ehesten in der Aussage von Ralf Thomas Baus aus, der in Hickmann „weder Realpolitiker noch Opportunist“ erblicken wollte.⁵ Ein solches ‚Nichturteil‘ lässt es ratsam erscheinen, sich den Vorgängen um Hickmann und der CDU Sachsen in der Zeit zwischen 1945 und 1950 nochmals zuzuwenden, um seine bislang nicht ausreichend gewürdigte Rolle in den komplexen Vorgängen der Gründung und Frühgeschichte der CDU zu untersuchen. Da von Hickmann kein Nachlass überliefert ist, kommt anderen Archivbeständen eine umso höhere Bedeutung zu, insbesondere den Unterlagen zur CDU der SBZ/DDR und der CDU Sachsen im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem Nachlass von Jakob Kaiser im Bundesarchiv sowie diversen Beständen im Sächsischen Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden. Damit dürfte eine ausreichende Quellengrundlage vorhanden sein, um ein umfassenderes Bild von Hugo Hickmann zu gewinnen, als es bislang der Fall war.

I. Die Gründung der CDU in Sachsen 1945

Das Ende des Zweiten Weltkrieges markierte einen zentralen Einschnitt in Hickmanns Leben. Zum einen beendete die Befreiung vom nationalsozialistischen Regime die Benachteiligungen und Verfolgungen, denen er ausgesetzt war, zum anderen bot sich die Gelegenheit, am neu entstehenden politischen Leben in Sachsen teilzuhaben. Dies kam früher als erwartet.

Bereits am 10. Juni 1945 erließ die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) den Befehl Nr. 2, der die *Bildung und Tätigkeit von antifaschistischen Parteien* in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) erlaubte.⁶ Am

ACDP 03-035-201; AGATHA KOBUCH, Theologe, Gymnasialprofessor, Politiker. Hugo Hickmann (1877–1955), in: Landtagskurier Sachsen 2 (1992), H. 1, S. 3.

⁵ Vgl. RALF THOMAS BAUS, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Sachsen zwischen Widerstand und Gleichschaltung 1945–1952, in: Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hg.), Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 22), Köln/Weimar/Wien 2003, S. 129–146, hier S. 144.

⁶ Vgl. Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration, in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Sammelheft 1945, Berlin 1946, S. 10. Zu den Hintergründen vgl. GERHARD KEIDERLING, Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 257–296, hier S. 265–268; RALF THOMAS BAUS, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 36), Düsseldorf 2001, S. 64–67.

26. Juni wurde in Berlin der Gründungsauftrag der ‚Christlich-Demokratischen Union Deutschlands‘ veröffentlicht. Als überkonfessionell angelegte Partei sollte sie gerade nicht, wie von Sowjets und deutschen Kommunisten ursprünglich antizipiert, eine einfache Wiedergründung des katholischen Zentrums sein.⁷ Diese Überlegung lag auch der Gründung christlicher Sammlungsparteien in Sachsen im Juli 1945 zugrunde. Neben Chemnitz und Leipzig bildete Dresden einen der Gründungskerne der hiesigen CDU.⁸ Am 8. Juli fand in Dresden-Cotta eine Versammlung von knapp 40 ehemaligen Anhängern des Zentrums statt, an der auch drei Vertreter der Evangelischen teilnahmen, Oberkirchenrat Michaelis, Pfarrer Meier und der Geschäftsführer Hermann Voigt.⁹ Dort wurde der Aufruf zur Gründung einer ‚Christlichen Volkspartei‘ (CVP) aus Chemnitz besprochen, an der vor allem der frühere Landesvorsitzende des Zentrums, der katholische Pfarrer Ludwig Kirsch, beteiligt war. Die Dresdner Versammlung beschloss die Gründung einer ‚Christlich-Sozialen Volkspartei‘ (CSV), der man ausdrücklich auch die Leitung eines Landesverbandes zuge dachte.¹⁰ Evangelische und Katholiken sollten einen gemeinsamen Arbeitsausschuss mit sieben Mitgliedern unter der Leitung eines Katholiken, des früheren Gewerkschafters Friedrich Koring, bilden. Auf der ersten Sitzung des Arbeitsausschusses am 10. Juli wurde Hugo Hickmann als einer der Delegierten des evangelischen Volksteils genannt.¹¹

Es spricht jedoch einiges dafür, dass Hickmann bereits früher in den Gründungsprozess der CSV eintrat. Die Sitzung am 8. Juli war offenbar nicht die erste, die sich mit der Gründung einer überkonfessionellen Partei befasste. Aus einer abschriftlich überlieferten undatierten Notiz des ersten Chefredakteurs der sächsischen CDU-Zeitung ‚Die Union‘, Joseph Ragsch, wird deutlich, dass es Anfang

⁷ Vgl. MANFRED AGETHEN, Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Jürgen Frölich (Hg.), „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995, S. 47-72, hier S. 48; MANFRED WILDE, Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg, München 1998, S. 27-53; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 81-86.

⁸ Zu den Gründungsvorgängen in Chemnitz und Leipzig vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 102-117; MANJA WINKLER, Die Christlich-Demokratische Union in Leipzig 1945 bis 1948, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 125-142, hier S. 126-132.

⁹ BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 100 mit Anm. 152 stützte sich auf das im Bestand des Landesverbandes Sachsen erhaltene Protokoll der Sitzung, dem jedoch keine Anwesenheitsliste beilag, vgl. Niederschrift über Besprechung zur Gründung der CSV am 8. Juli 1945, in: ACDP 03-035-001. Bislang weitestgehend unbeachtet blieb jedoch eine Protokollabschrift von 1946, der eine Abschrift der Anwesenheitsliste beiliegt. Weiterhin werden auch die Namen der drei evangelischen Teilnehmer in einem Nachsatz zum Protokoll genannt, vgl. Niederschrift über die Besprechung zur Gründung der CSV am 8. Juli 1945, in: ACDP 07-011-0474.

¹⁰ Hickmann lehnte den Namen CVP ab, weil er eine Ausschließlichkeit für die politische Haltung von Christen beanspruche, während der Titel CSV nur die weltanschauliche Grundlage herausstelle, vgl. Schreiben von Hickmann an Johannes Dieckmann vom 24. Juli 1945, in: Archiv des Liberalismus, Gummersbach (im Folgenden: ADL), Nachlass Johannes Dieckmann LN4-79, Bl. 47.

¹¹ Vgl. Niederschrift über die Arbeitssitzung der CSV am 10. Juli 1945, in: ACDP 03-035-001.

Juli nach Konfessionen getrennte Vorbesprechungen gab, die zur Gründungsversammlung am 8. Juli führten.¹² Dies wird auch im Protokoll dieser Versammlung bestätigt, wonach die Vertreter der evangelischen Wähler drei Personen für den Arbeitsausschuss bestimmen sollten. Von den bei der Versammlung anwesenden Protestanten wurde nur Voigt in den Arbeitsausschuss entsandt, die dahinterstehende evangelische Gruppe dürfte also etwas größer gewesen sein.¹³

Diese Überlegungen finden Unterstützung in einem Briefwechsel zwischen Hickmann und dem späteren sächsischen Justizminister und stellvertretenden Vorsitzenden der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) Johannes Dieckmann.¹⁴ In einer offenbar Anfang Juli verschickten Einladung versuchte Dieckmann, verschiedene Persönlichkeiten, unter anderem auch Hickmann, zur Mitarbeit bei der Gründung einer liberalen Partei in Dresden zu bewegen, die sich am 6. Juli unter dem Namen ‚Demokratische Partei Deutschlands‘ (DPD) konstituierte.¹⁵ Erhalten hat sich Hickmanns Antwort vom 11. Juli in Form einer Postkarte, auf der er mitteilte: *Leider erreichte mich Ihre Anschrift erst gestern. Doch hätte ich auch absagen müssen, da ich bereits an einer anderen Stelle der antifaschistischen Front zur Mitarbeit herangezogen war.*¹⁶ Dieckmanns Brief erreichte Hickmann also am 10. Juli, offenbar relativ spät.¹⁷ Da der 8. Juli 1945 ein Sonntag war, ist nicht auszuschließen, dass der Brief im Normalfall in der Woche zuvor hätte zugestellt

-
- ¹² Vgl. Joseph Ragsch, Kurze Geschichte der CDU in Sachsen, in: ACDP 07-011-0474. Die Aussage von WOLFGANG TISCHNER, Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B/90), Paderborn u. a. 2001, S. 208, dass in Dresden zunächst die Zentrumspartei neu gegründet worden sei, findet weder in der Notiz von Ragsch noch im Protokoll vom 8. Juli, wonach man übereingekommen war, gerade keine Zentrumspartei in Dresden zu bilden, irgendeine Grundlage, vgl. Niederschrift über die Besprechung zur Gründung der CSV am 8. Juli 1945, in: ACDP 03-035-001. Im Vorfeld der Gründung scheint es jedoch zu schwerwiegenden Störmanövern diverser Katholiken gekommen zu sein, vgl. Schreiben von Kirsch an einen ungenannten Bürgermeister vom 25. Juli 1945, in: ACDP 03-035-019.
- ¹³ Vgl. Niederschrift über die Besprechung zur Gründung der CSV am 8. Juli 1945, in: ACDP 03-035-019. Der dritte Vertreter der Evangelischen war Hermann Vogel von Frommannshausen, vgl. Niederschrift über die Arbeitssitzung der CSV am 10. Juli 1945, in: ACDP 03-035-019.
- ¹⁴ Vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 100–102.
- ¹⁵ Vgl. Protokoll der Gründungsversammlung der DPD Sachsen am 6. Juli 1945, in: ADL LN4-118, Bl. 109–111.
- ¹⁶ Schreiben von Hickmann an Dieckmann vom 11. Juli 1945, in: ADL LN4-79, Bl. 51. Vgl. auch STEFAN DONTH, Die Spaltung des bürgerlichen Lagers. Aspekte der sowjetischen Besatzungspolitik gegenüber CDU und LDP in Sachsen 1946, in: Deutschland-Archiv 34 (2001), S. 635–643, hier S. 637. Etwas zu optimistisch über die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Hickmann und Dieckmann zeigt sich THOMAS WIDERA, Dresden 1945–1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 25), Göttingen 2004, S. 122.
- ¹⁷ Vgl. auch Schreiben von Dieckmann an Hickmann vom 12. Juli 1945, in: ADL LN4-79, Bl. 50.

werden sollten, vielleicht sogar vor oder spätestens am 6. Juli, rechtzeitig zur Gründung der DPD. Wenn Hickmann zu diesem Zeitpunkt allerdings woanders aktiv beteiligt war, kann es sich dabei nach Lage der Dinge nur um die Gruppe der evangelischen Gründer der CSV handeln.¹⁸

Hickmann erhob schnell einen Führungsanspruch in der neu gegründeten Partei. Bereits zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 10. Juli stellte er einen Richtlinienentwurf vor, der zusammen mit einem Aufruf am 17. Juli beschlossen wurde. Zudem zeichnete er als offensichtlicher Anführer der evangelischen Seite neben Koring für die Richtigkeit des Protokolls.¹⁹ Ein zentrales Anliegen dürfte ihm dabei gewesen sein, dass die evangelische Seite die Führung in der CSV übernahm. Zwar wurde in der Sitzung vom 8. Juli beschlossen, dass die CSV *paritätisch von Beauftragten des evangelischen und katholischen Volksteiles geführt werden soll*.²⁰ Hickmann sah dies jedoch als keine glückliche Lösung an. In einem Schreiben an den evangelischen Pfarrer Otto Schulze aus Chemnitz vom 4. August 1945 betonte er, dass man den Zusammenschluss mit den Katholiken nur unter der Voraussetzung eingegangen sei, *dass uns Evangelischen die Führung zugestanden wird. Anders wäre der Zusammenschluss für das evangelische Sachsen nicht tragbar*.²¹ In einem früheren Schreiben an Dieckmann heißt es, dass die Katholiken auf eine erwogene Neugründung des Zentrums verzichtet hätten, *um sich in ein größeres Ganzes einzuordnen, in dem die evangelische Seite die Führung hat*.²² Es ist unklar, ob dies bereits im Vorfeld der Gründung ein Thema war, dem die gewünschte Parität und die Wahl des Katholiken Koring zum Leiter des Arbeitsausschusses widersprechen würde, oder erst, was wahrscheinlicher ist, die Angelegenheit auf den Sitzungen dieses Ausschusses aufkam, deren Protokolle sich allerdings nur sehr knapp zu den behandelten Themen äußern.²³ Bis zur *Versammlung*

¹⁸ Dies lässt sich auch aus Ausführungen des späteren stellvertretenden Landesvorsitzenden Otto Freitag erschließen, vgl. Gespräch mit Unionsfreund Otto Freitag am 14. März 1961, in: ACDP 07-011-0474. Vgl. dagegen TISCHNER, Katholische Kirche (wie Anm. 12), S. 208 f.

¹⁹ Vgl. Niederschriften über die Arbeitssitzungen der CSV am 10. Juli und 17. Juli 1945, in: ACDP 03-035-001.

²⁰ Niederschrift über die Besprechung zur Gründung der CSV am 8. Juli 1945, in: ACDP 03-035-001.

²¹ Schreiben von Hickmann an Pfarrer Schulze vom 4. August 1945, in: ACDP 03-035-019. Eine Rolle dabei dürfte auch die Hoffnung auf spätere Wahlerfolge gespielt haben, denn zusammen mit dem protestantisch geprägten Christlich-Sozialen Volksdienst erhielt das Zentrum bei den Reichstagswahlen vom September 1930 in Sachsen nur 3,4 Prozent. Vgl. RALF THOMAS BAUS, Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 83-117, hier S. 106. Ein weiterer Beitrag von RALF THOMAS BAUS, Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 67 (1996), S. 235-280, ist quasi wortgleich mit dem gerade genannten. Er bleibt daher im Folgenden unberücksichtigt.

²² Schreiben von Hickmann an Dieckmann vom 24. Juli 1945, in: ADL LN4-79, Bl. 47.

²³ Möglicherweise dramatisierte Hickmann in seinem Schreiben an Dieckmann die Situation auch ein wenig, da Dieckmann ihm zuvor unterstellt hatte, dass die CSV nur

der Freunde der CSV am 21. Juli, die als offizielle Gründungsversammlung anzusehen ist, scheint sich Hickmann mit seiner Auffassung durchgesetzt zu haben. Er wurde von den 71 Anwesenden zum neuen Leiter des Arbeitsausschusses gewählt, während Koring den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden übernahm.²⁴

Der eigentliche Hintergrund, wie das Schreiben an Pfarrer Schulze andeutet, dürfte im Anspruch der Dresdner Gruppe zu suchen sein, auch als Landesleitung zu fungieren, wie es ja bereits die Sitzung am 8. Juli festgelegt hatte. Um diesen Anspruch durchsetzen zu können, musste insbesondere auf eine Unterordnung der Chemnitzer CVP unter Ludwig Kirsch bestanden werden. Dieser hatte schon anlässlich eines Besuches von Koring in Chemnitz am 12. Juli, wo dieser die Dresdner Umarbeitung der Chemnitzer Leitsätze vorgestellt hatte, Widerspruch angemeldet. So schrieb er einen Tag später an die *Freunde von der CSV*, dass weder Dresden noch Chemnitz noch irgendeine andere Stadt das Recht hat, von sich aus für Sachsen [...] zu sprechen. Gleichzeitig kritisierte er verschiedene Aspekte der Überarbeitung.²⁵ Seine im selben Schreiben angekündigte Reise nach Berlin scheint aus unbekanntem Gründen nicht stattgefunden zu haben.²⁶ Hickmann fuhr hingegen im Juli zu ersten Gesprächen nach Berlin²⁷ und am 2. August berichtete der spätere Dresdner Bürgermeister Martin Richter dem Gründungsausschuss über die Vorgänge in Sachsen.²⁸ Möglicherweise wurde Kirsch daher von Berlin aus zur Anerkennung des Dresdner Führungsanspruchs gedrängt. Fakt ist, dass er bereits vor Richters Vortrag in Berlin Kontakt zu Heinrich Vockel vom Gründungsausschuss hatte und den Anschluss der Chemnitzer Gründung an die CDU suchte.²⁹

In Dresden wünschte man zwar auch eine Zusammenarbeit, jedoch unter etwas anderen Voraussetzungen. Auf der Sitzung des Arbeitsausschusses am 26. Juli wurde erstmals der CDU-Gründungsaufruf durchgesprochen.³⁰ Man erstellte jedoch eigene Richtlinien, die am 31. Juli verabschiedet und Mitte August nochmals überarbeitet wurden.³¹ Bereits am 25. Juli bemühte sich Voigt um Kontakt-

die alte Zentrumsparterie unter neuem Namen sei, vgl. Schreiben von Dieckmann an Hickmann vom 21. Juli 1945, in: ADL LN4-79, Bl. 49.

²⁴ Vgl. Niederschrift über die Versammlung der Freunde der CSV am 21. Juli 1945, in: ACDP 03-035-001.

²⁵ Vgl. Schreiben von Kirsch vom 13. Juli 1945, in: ACDP 03-035-019.

²⁶ Vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 125, Anm. 280.

²⁷ Vgl. Vermerk „Zu Parteigründungen in der Zone“, in: Bundesarchiv Koblenz (im Folgenden: BA Koblenz), Nachlass Jakob Kaiser N 1018/252; vgl. WERNER CONZE, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart u. a. 1969, S. 59; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 129.

²⁸ Vgl. Protokoll der 5. Sitzung des Gründungsausschusses am 2. August 1945, in: ACDP 07-011-0708.

²⁹ Vgl. Schreiben von Kirsch an Vockel vom 1. August 1945, in: ACDP, Nachlass Andreas Hermes 01-090-015/5.

³⁰ Vgl. Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses am 26. Juli 1945, in: ACDP 03-035-001.

³¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses am 31. Juli 1945, in: ACDP 03-035-001; Richtlinien für die Christlich-Soziale Volkspartei, in: ACDP 03-035-061; ADL

aufnahme zu anderen christlich-demokratischen Gründergruppen in Sachsen und so versandte man von Dresden aus am 2. August auch die neuen Richtlinien.³² Die positive Reaktion aus Chemnitz folgte rasch, aber anscheinend nicht durch Kirsch sondern durch Pfarrer Schulze, von dem man sich möglicherweise erhoffte, dass sich Hickmann, der Schulze mit seinem bereits erwähnten Schreiben vom 4. August antwortete, seinem protestantischen Glaubensbruder gegenüber zugänglicher zeigen würde. Doch auch Schulze gegenüber machte Hickmann klar, dass er erwartete, *zunächst weniger die Verbindung mit Berlin zu pflegen, als die mit Dresden, wie es auch unserem gemeinsamen Dienst in unserem Bundesstaate entspricht.*³³ Diese Forderung entsprang nicht, wie Tischner meint, einem „dezierten Antikatholizismus“ gegenüber dem von Katholiken dominierten Berliner Gründerkreis,³⁴ sondern, wie der angeschlossene Nebensatz impliziert, eher einem ausgeprägten sächsischen Eigenbewusstsein.³⁵

Dennoch konnte er nicht allzu unabhängig von den Entwicklungen in Berlin agieren, wofür insbesondere die Besatzungsmacht sorgte. Zum einen betraf dies die Einbindung der vier zugelassenen Parteien in den ‚Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien‘. Die Bereitschaft zur Teilnahme an dieser Institution, die insbesondere eine gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gerichtete Politik verhindern und langfristig eine Dominanz der Kommunisten unterstützen sollte, wurde auch in den Ländern als Vorbedingung für die Zulassung der Parteien durch die örtlichen Militärverwaltungen gefordert.³⁶ Man darf

LN4-78, Bl. 43. Zu den überarbeiteten Richtlinien vgl. Richtlinien für die Christlich-Soziale Volkspartei [erweiterte Fassung], in: ACDP 03-035-061. In dieser Fassung wurden sie auch von den Chemnitzern akzeptiert, die jedoch CSV durch CDU ersetzen, vgl. Christlich-Demokratische Union, Landesgruppe Sachsen (Richtlinien), in: ACDP 03-035-019. Zum Inhalt und der Entwicklung der Richtlinien vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 128.

³² Vgl. Schreiben von Pfarrer Amelung an Hickmann vom 1. August 1945, in: ACDP 03-035-029; Rundschreiben der CSV vom 2. August 1945, in: ACDP 03-035-061. Vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 127.

³³ Schreiben von Hickmann an Pfarrer Schulze vom 4. August 1945, in: ACDP 03-035-019.

³⁴ Vgl. TISCHNER, Katholische Kirche (wie Anm. 12), S. 217.

³⁵ Vgl. dazu ANDRÉ THIEME, Sächsische Mythen und sächsische Mentalitäten. Historische Anmerkungen zu Landesbewusstsein und Identität in Sachsen, in: Konstantin Hermann (Hg.), Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven, Dresden/Markkleeberg 2010, S. 13-27. Dass Hickmann keinesfalls von einem antikatholischen Effekt getrieben wurde, macht ein Briefwechsel mit einem Leipziger Theologiestudenten aus dem Jahr 1946 sehr deutlich. Der Student hatte die Sorge geäußert, dass die sächsische CDU komplett unter katholischen Einfluss geraten könnte und dabei den katholischen Chefredakteur der „Union“ Joseph Ragsch direkt angegriffen. Hickmann versicherte ihm, dass er keinesfalls die berechtigten Ansprüche des evangelischen Volksteils vernachlässigen werde und stellte sich klar hinter seinen Mitarbeiter, vgl. Schreiben von Ehrhard Schönfeld an Hickmann vom 9. Oktober 1946 und Antwort Hickmanns vom 30. Oktober 1946, in: ACDP 03-035-074.

³⁶ Vgl. KEIDERLING, Scheinpluralismus (wie Anm. 6), S. 257-296; WILDE, SBZ-CDU (wie Anm. 7), S. 145-158; HERMANN WENTKER, Die Anfänge der bürgerlichen Parteien

die Zugehörigkeit zum Block jedoch nicht nur unter der Voraussetzung des Zwangs betrachten. Man muss ebenso in Betracht ziehen, dass viele Demokraten den Wunsch hatten, das ‚Parteiengozänk‘ der Weimarer Republik nicht wieder aufleben zu lassen und stattdessen angesichts der gewaltigen Herausforderungen unmittelbar nach Kriegsende gemeinsam nach Lösungen zu suchen.³⁷ Am 14. August entsandte der Arbeitsausschuss nach einer von der LDP überbrachten Aufforderung der Mitarbeit an die CSV neben Hickmann noch drei weitere Delegierte in den Blockausschuss,³⁸ der am 20. August offiziell die Gründung des Blocks vollzog.³⁹

Weiterhin ging es um den Parteinamen. Richter hatte in seinem Bericht vor dem Gründungsausschuss am 2. August bereits betont, dass man zwar die Eingliederung in die CDU als Landesverband wünsche, aber die Bezeichnung CSV als Untertitel beibehalten wollte, wohl um seine Eigenständigkeit zu betonen.⁴⁰ So war es nur folgerichtig, dass der Arbeitsausschuss am 7. August 1945 beschloss, einen mittlerweile erarbeiteten Dresdner Aufruf bei der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS) einzureichen und erst im Falle einer Ableh-

unter den Bedingungen der sowjetischen Besetzung (1945/46), in: Hartmut Mehringer/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hg.), *Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone (1945/46)* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1999, S. 189-214, hier S. 195 f.; STEFAN DONT, *Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945–1952. Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 7 (2000), S. 109-133, hier S. 113; BAUS, *Union* (wie Anm. 6), S. 198-201; MIKE SCHMEITZNER, *Zwischen simulierter Demokratie und offener Diktatur: Die Rolle der sächsischen Parteien und Gewerkschaften 1945–1950*, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hg.), *Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955* (Berichte und Studien 53), Dresden 2001, S. 139-154, hier S. 144 f.; MIKE SCHMEITZNER/STEFAN DONT, *Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 21), Köln/Weimar/Wien 2002, S. 141-144; BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands* (wie Anm. 5), S. 134 f.; WIDERA, *Dresden* (wie Anm. 16), S. 233-238; EDITH SCHRIEFL, *Versammlung zum Konsens. Der sächsische Landtag 1946–1952* (Studien und Schriften zur Geschichte der sächsischen Landtage 7), Ostfildern 2020, S. 39-45.

³⁷ Vgl. AGETHEN, *CDU* (wie Anm. 7), S. 49; WENTKER, *Anfänge* (wie Anm. 36), S. 196 f.; SCHRIEFL, *Versammlung* (wie Anm. 36), S. 163-168.

³⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses der CSV am 14. August 1945, in: ACDP 03-035-001. Bereits auf der Sitzung am 21. Juli hatte die CSV sich zur Mitarbeit im Block bereit erklärt, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben seien, vgl. ACDP 03-035-001.

³⁹ Vgl. BAUS, *Union* (wie Anm. 6), S. 198 f.; SCHRIEFL, *Versammlung* (wie Anm. 36), S. 40.

⁴⁰ Vgl. Protokoll der 5. Sitzung des Gründungsausschusses am 2. August 1945, in: ACDP 07-011-0708. Vgl. auch Schreiben des Arbeitsausschusses an den Rat der Stadt Dresden vom 10. August 1945, in: ACDP 03-035-004. Noch 1946 plante man, eigene Anstecknadeln und Mitgliedsausweise herauszubringen, vgl. Protokoll der Vorsitzenden-Arbeitsbesprechung am 7. Juni 1946, in: ACDP 03-035-001.

nung, den Berliner Aufruf zu verwenden.⁴¹ Am 21. August registrierten die Sowjets schließlich die neue Partei unter dem alleinigen Namen CDU und genehmigten auch die Herausgabe des Berliner Aufrufs mit den Namen der Dresdner Gründer.⁴² Damit hatte man zwar den ursprünglichen Parteinamen aufgegeben, es fanden sich jedoch rasch Gelegenheiten, die Eigenständigkeit des sächsischen Landesverbandes zu demonstrieren.⁴³

II. Erste Herausforderungen: Bodenreform, Volksentscheid und Wahlen

Die Bodenreform in der SBZ, die als wichtigste Maßnahme die Enteignung aller Nazi- und Kriegsverbrecher sowie des gesamten Großgrundbesitzes über 100 Hektar vorsah, war das zentrale Element der politischen Überlegungen der Sowjets und der KPD, traditionelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Bindungen auf dem Land zu zerstören und gleichzeitig die eigene Basis zu erweitern sowie neue Strukturen in der Landwirtschaft zu errichten. Im hochindustrialisierten Sachsen spielte sie zwar nicht eine so zentrale Rolle wie in anderen Ländern der SBZ, sollte aber in ihren Auswirkungen dennoch nicht unterschätzt werden.⁴⁴ Die Parteiführung der CDU in der SBZ unter dem früheren Reichslandwirtschafts-

⁴¹ Vgl. Protokoll der Arbeitssitzung der CSV am 7. August 1945, in: ACDP 03-035-001. Zum Dresdner Aufruf vgl. ACDP 03-035-061; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 128 f. Vgl. auch Schreiben von Hickmann an Hugo Schenk vom 20. August 1945, in: ACDP 03-035-016: *Christlich-Soziale Volkspartei oder Christlich-Demokratische Union – wie es in Berlin heißt, es ist ein und dieselbe*. Zur SMAS vgl. JOHANNES RASCHKA, Sowjetisierung in der Region. Die Sowjetische Militäradministration in Sachsen 1945–1949, in: Osteuropa 51 (2001), S. 1453-1469.

⁴² Vgl. Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses am 21. August 1945, in: ACDP 03-035-001; Schreiben von Martin Richter an Pfarrer Schulze vom 21. August 1945, in: ACDP 03-035-019. Aussagen des Arbeitsausschussmitglieds Hans Weiße einige Tage später, wonach es ihm *nach stürmischem Kampf* gelungen sei, die Absicht Hickmanns und einiger anderer zu durchkreuzen, die CSV als eigene Partei zu registrieren, und man sich stattdessen auf den Namen ‚CDU‘ und den Berliner Aufruf geeinigt habe, scheinen eher übertrieben, vgl. Schreiben von Weiße an Hermes vom 28. August 1945, in: ACDP 01-090-015/5.

⁴³ Im Oktober 1945 brachte der Landesverband bezeichnenderweise die CSV-Richtlinien in der Fassung von Mitte August 1945 mit einer Ergänzung zum Berufsbeamtentum in gedruckter Form unter dem Titel *Richtlinien für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands* heraus, vgl. ACDP 03-035-061.

⁴⁴ Zur Bodenreform in Sachsen vgl. ULRICH KLUGE, „Die Bodenreform ist in erster Linie eine politische Angelegenheit“. Agrarstruktureller Wandel in Sachsen 1945/46, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (Historische Mitteilungen, Beiheft 20), Stuttgart 1996, S. 103-117; SCHMEITZNER/DONTH, Partei (wie Anm. 36), S. 162-173; SÖNKE FRIEDREICH/IRA SPIEKER, Integrative Maßnahme oder Vorstufe zur Kollektivierung? Bodenreform und Neubauernprogramm als Instrument der gesellschaftspolitischen Transformation, in: Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals/Francesca Weil (Hg.), Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 60), Göttingen 2016, S. 483-502.

minister Andreas Hermes befürwortete zwar die grundsätzliche Notwendigkeit einer Neuverteilung der Böden, wandte sich aber klar gegen die vorgesehenen entschädigungslosen Enteignungen.⁴⁵

In Sachsen gelang es CDU und LDP nach zähen Verhandlungen im Block am 6. September 1945 durchzusetzen, dass eine entschädigungslose Enteignung nur bei besonders belasteten Personen vorgenommen werden sollte. Dieser Beschluss wurde jedoch wenige Tage später auf Veranlassung der SMAS und der Berliner KPD-Führung durch die kommunistisch dominierte Landesverwaltung faktisch kassiert und eine Verordnung erlassen, die nur noch bei besonderen Härten Entschädigungen vorsah.⁴⁶ In einem Brief an Kirsch machte Hickmann deutlich, dass eine einheitliche Regelung für die SBZ gefordert werde. Nur aus dieser *Zwangslage* heraus, hätten *die nicht-marxistischen Mitglieder der Landesverwaltung diese unheilvolle Verordnung verantwortet, die schwer auf uns lastet*.⁴⁷ Just in dieser kritischen Phase erkrankte Hickmann an einer Lungenentzündung, die ihn bis Mitte Dezember stark einschränkte. Währenddessen nahm er an keiner der Sitzungen der CDU-Landesgremien teil.⁴⁸ Dennoch blieb er im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv.⁴⁹ Während Hermes in dieser Zeit die Landes- und Kreisverbände auf seine Linie einzuschwören versuchte,⁵⁰ verfolgte die sächsische CDU-Führung einen eher pragmatischen Kurs mit der Hoffnung, im Rahmen der Durchführungsbestimmungen noch einige Abmilderungen durchzusetzen, da abzusehen war, dass weder die Landesverwaltung noch die SMAD von ihren Positionen zur Bodenreform weichen würden.⁵¹

Die Verweigerung der Unterzeichnung eines Aufrufs zur Unterstützung der Neubauern führte letztlich zur Absetzung von Hermes sowie des zweiten Vorsitzenden Walther Schreiber auf einer von der SMAD einberufenen Sitzung von Vertretern der CDU am 19. Dezember 1945.⁵² Hickmann selbst war gemäß seinen

⁴⁵ Grundlegend dazu: WILDE, SBZ-CDU (wie Anm. 7), S. 199-257. Vgl. auch AGETHEN, CDU (wie Anm. 7), S. 49 f.; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 213-218.

⁴⁶ Vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 222-228. Die Entschädigungsregelung war ein Zugeständnis an die CDU.

⁴⁷ Schreiben von Hickmann an Kirsch vom 13. September 1945, in: ACDP 03-035-019. Vgl. auch KARL BUCHHEIM, Eine sächsische Lebensgeschichte. Erinnerungen 1889-1972, bearb. von Udo Wengst und Isabel F. Pantenburg (Biographische Quellen zur Zeitgeschichte 16), München 1996, S. 228.

⁴⁸ Vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 227 f., Anm. 89.

⁴⁹ Vgl. Bericht von Otto Nuschke an die Reichsgeschäftsstelle über den Landesverband Sachsen vom 23. September 1945, in: ACDP 01-090-015/5.

⁵⁰ BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 228. Koring berichtete allerdings noch am 9. Oktober, dass der Landesvorstand nicht über die Ablehnung der Bodenreformverordnung durch die Berliner Parteileitung informiert gewesen sei, vgl. Niederschrift der Sitzung des Landesarbeitsausschusses am 9. Oktober 1945, in: ACDP 03-035-001. Vgl. dazu auch BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 229.

⁵¹ Vgl. Schreiben von Hickmann an Kirsch vom 13. September 1945, in: ACDP 03-035-019.

⁵² Vgl. WILDE, SBZ-CDU (wie Anm. 7), S. 236-253; WENTKER, Anfänge (wie Anm. 36), S. 206 f.; STEFAN DONT, Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945 bis 1952. Die

eigenen Worten nicht von dieser Sitzung informiert worden.⁵³ Auf einer Sitzung mit dem Gründungsausschuss zwei Tage später machte Hickmann deutlich, dass er nicht an einer solchen Aktion teilgenommen hätte.⁵⁴ Dennoch kritisierte auch er *Belastungen*, die durch verschiedene Entschließungen der Parteileitung zustande gekommen seien. Er betonte dabei die Bedeutung der Einheitlichkeit des Blocks und des Vertrauens der Besatzungsmacht.⁵⁵ Auf einer Landesarbeitsausschusssitzung, die einige Tage später stattfand, erklärte Hickmann außerdem, dass die Krise kommen musste, da die Parteileitung zu wenig Fühlung mit den Mitgliedern im Land gehabt hätte und zu eigenmächtig bei der Parteiausrichtung vorgegangen sei.⁵⁶ Die Ansicht von Baus, dass Hickmann hier nur die eigene Verantwortung für seine nachgiebige Haltung auf die Berliner Parteiführung abwälzte, um das Thema rasch ad acta legen zu können, geht jedoch fehl.⁵⁷ Nach Hickmanns Äußerungen auf der Berliner Sitzung vom 21. Dezember bestanden die Differenzen nicht mehr so sehr im Bereich der Bodenreform, wo Hermes gemäß Hickmann Verständnis für die Notwendigkeit abweichender Entscheidungen der Landesverbände gezeigt habe. Hier ging es vielmehr um grundsätzliche Fragen, nämlich Hickmanns Ablehnung des sogenannten Reichstreffens in Bad Godesberg bei Bonn im Dezember, auf dem eine Rede von Hermes verlesen wurde, die den Führungsanspruch des Berliner Gründerkreises begründete,⁵⁸ und die befremdliche Berichterstattung in der Parteizeitung ‚*Neue Zeit*‘.⁵⁹ Er betonte auch, dass Ludwig Kirsch, der auf der Zusammenkunft am 19. Dezember den Rücktritt von Hermes und Schreiber gefordert und insbesondere kritisiert habe, dass man es trotz vieler Versuche nicht geschafft habe, mit der Parteileitung zur Klärung von Fragen in Verbindung treten zu können,⁶⁰ zwar nicht für den Landesverband ge-

Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED (Geschichte und Politik in Sachsen 15), Köln/Weimar/Wien 2000, S. 82-92; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 240-243.

- ⁵³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Gründerausschusses und der Vertreter der Landesverbände am 21. Dezember 1945, in: ACDP 07-011-2179, Bl. 5.
- ⁵⁴ Gegenüber den Sowjets hatte sich Hickmann nicht eindeutig für oder gegen Hermes und Schreiber erklärt, vgl. DONT, Militäradministration (wie Anm. 36), S. 117.
- ⁵⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Gründerausschusses und der Vertreter der Landesverbände am 21. Dezember 1945, in: ACDP 07-011-2179, Bl. 5 f. Vgl. auch DONT, Vertriebene (wie Anm. 52), S. 175.
- ⁵⁶ Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Landesarbeitsausschusses am 28. Dezember 1945, in: ACDP 03-035-001. Vgl. auch BUCHHEIM, Lebensgeschichte (wie Anm. 47), S. 228. Nuschke hatte bereits in seinem Bericht vom September 1945 dargestellt, dass man sich in Dresden von Berlin nicht gut behandelt fühle, vgl. Bericht von Otto Nuschke an die Reichsgeschäftsstelle über den Landesverband Sachsen vom 23. September 1945, in: ACDP 01-090-015/5.
- ⁵⁷ Vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 243.
- ⁵⁸ Vgl. WILDE, SBZ-CDU (wie Anm. 7), S. 378-385; WENTKER, Anfänge (wie Anm. 36), S. 200 f.
- ⁵⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Gründerausschusses und der Vertreter der Landesverbände am 21. Dezember 1945, in: ACDP 07-011-2179, Bl. 5.
- ⁶⁰ Vgl. ‚Wechsel in der Leitung der Union. Der Hergang‘, in: *Neue Zeit* vom 21. Dezember 1945. Vgl. auch weitere Äußerungen Kirschs in der Niederschrift der Sitzung des Landesarbeitsausschusses am 25. Januar 1946, in: ACDP 03-035-001.

sprochen habe, dass man aber *sachlich [...] auf demselben Standpunkt [stehe], nämlich, dass wir mit manchem in der Reichsleitung unzufrieden waren [...]*.⁶¹ Die aufgeworfene Frage der Parteistruktur und welche Rolle die Landesverbände darin spielen sollten, dürfte der Hauptgrund für die Missstimmung Hickmanns bezüglich der Parteileitung gewesen sein.

Von den Nachfolgern von Hermes und Schreiber, den früheren hochrangigen christlichen Gewerkschaftern Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, erhoffte sich Hickmann offenbar mehr Interesse an den Anliegen der Landesverbände, aber auch an der Blockpolitik, die er im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Sowjets als essenziell ansah.⁶² Nachdem Kaisers Leitlinien des ‚christlichen Sozialismus‘ auf dem 1. Landesparteitag am 24. Februar 1946 in Dresden erstmals offen verkündet worden waren und Hickmann, der allerdings nur wenig für programmatische Fragen übrig hatte, zum Landesvorsitzenden gewählt worden war,⁶³ wartete jedoch schon die nächste Herausforderung.

Am 30. Juni 1946 fand in Sachsen ein Volksentscheid über ein Gesetz zur Enteignung von ‚Kriegs- und Naziverbrechern‘ statt. Die treibenden Kräfte dahinter, die SMAD und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die erst im April durch die Zwangsvereinigung der KPD und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) gebildet worden war,⁶⁴ sahen darin vor allem eine Art Generalprobe für die für den Herbst geplanten Wahlen in der SBZ, die zudem der SED eine gute Ausgangsposition dafür verschaffen sollte.⁶⁵ Die Führung der

⁶¹ Protokoll der Sitzung des Gründerausschusses und der Vertreter der Landesverbände am 21. Dezember 1945, in: ACDP 07-011-2179, Bl. 5 f. Vgl. auch Schreiben von Hickmann an Kirsch vom 2. Januar 1946, in: ACDP 03-035-019. Missstimmungen zwischen Kirsch und Hickmann konnten aber wohl bis zum 1. Landesparteitag ausgeräumt werden, da beide Personen bei dieser Gelegenheit einen symbolischen Händedruck austauschten, vgl. Schreiben von Kirsch an Hickmann vom 27. Februar 1946, in: ACDP 03-035-019.

⁶² Vgl. Protokoll der Sitzung des Gründerausschusses und der Vertreter der Landesverbände am 21. Dezember 1945, in: ACDP 07-011-2179, Bl. 6. Vgl. auch BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 273.

⁶³ Vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 268-274. Zum ‚christlichen Sozialismus‘ Jakob Kaisers vgl. auch BERND UHL, Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland. 1945–1947 (Beiträge zu Wissenschaft und Politik 11), Mainz 1975, S. 127-151; FRANZ FOCKE, Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU, Wuppertal 1978, S. 227-235; RUDOLF UERTZ, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43), Stuttgart 1981, S. 67-71.

⁶⁴ Vgl. SCHMEITZNER, Demokratie (wie Anm. 36), S. 151.

⁶⁵ Vgl. STEFAN CREUZBERGER, „Klassenkampf in Sachsen“. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Volksentscheid am 30. Juni 1946, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 119-130; WINFRID HALDER, „Modell für Deutschland“. Wirtschaftspolitik in Sachsen 1945–1948, Paderborn u. a. 2001, S. 227-230; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 279-283; SCHMEITZNER/DONTH, Partei (wie Anm. 36), S. 245-247.

CDU in Berlin blickte aus zwei Gründen kritisch auf dieses Vorhaben.⁶⁶ Zum einen war nach den Erfahrungen bei der Bodenreform längst nicht sicher, dass tatsächlich nur ‚Kriegs- und Naziverbrecher‘ mittels dieses Gesetzes enteignet werden würden, zum anderen befürchtete man, dass ein Vorpreschen einer einzelnen Zone in so einer zentralen wirtschaftspolitischen Angelegenheit Folgen für den Bestand eines einheitlichen Deutschlands hätte. Daher entwickelte Johann Baptist Gradl, Mitglied des Parteivorstandes und enger Mitarbeiter Kaisers, ein Konzept, das aus den Elementen Zeitgewinn durch Verzögerung, enge Abstimmung zwischen Dresden und Berlin sowie Konkretisierung der geplanten Maßnahmen bestand. Falls dies nicht zu realisieren sei, müsse man in Betracht ziehen, dass die CDU generell jede Beteiligung am Volksentscheid ablehne.⁶⁷

CDU und LDP in Sachsen gelang es auch tatsächlich auf der Sitzung des Landesblocks am 25. Mai 1946 die SED dazu zu bringen, politischen Richtlinien zuzustimmen, die klar definierten, welche Personengruppen mit ‚Kriegs- und Naziverbrechern‘ gemeint seien. Im Gegenzug konnten der Gesetzentwurf und der Aufruf zum Volksentscheid verabschiedet werden. Auf der Sitzung des engeren Landesvorstandes am 7. Juni wurde betont, dass das Enteignungsgesetz in erster Linie eine politische Angelegenheit mit wirtschaftspolitischen Tendenzen sei, bei der an der *ursprünglichen Absicht, es eine politische Sühnemaßnahme sein zu lassen*, festgehalten werde, womit man einen ähnlichen Beschluss des Zonenvorstandes vom 5. Juni bestätigte. Gleichzeitig machte Hickmann jedoch deutlich, dass bezüglich der Parole, die die sächsische CDU ausgeben werde, seine Person vollkommen zurückgestellt werden würde, aber man die Union nicht aufs Spiel setzen solle.⁶⁸ Auf der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am gleichen Tag führte er diesen Gedanken noch weiter aus.⁶⁹ Er betonte, dass der Volksentscheid eine schwierige Aufgabe für die CDU sei. Dazu sagte Hickmann weiterhin: *Wir müssen unserer grundsätzlichen Haltung treu bleiben und unter Wahrung vollständiger Loyalität politische Arbeit leisten, die von unseren Parteifreunden in Berlin zwar anerkannt doch⁷⁰ bei unseren Freunden in den anderen Zonen oft missverstanden und missgedeutet wird.* Die Union habe die *eminente Geschichtliche Aufgabe [...], über die Zonengrenzen hinweg für die Einheit Deutschlands [...] zu wirken.* Allgemeine Zustimmung erntete er für seine Feststellung, dass die CDU vorbehaltlos zum Volksentscheid stehe. Hickmann machte weiterhin deutlich, dass der Volksentscheid eine *tief verpflichtende Gewissenssache* sei. Die SMAS sei

⁶⁶ Zu den folgenden Ausführungen vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 284–291.

⁶⁷ Vgl. Denkschrift Johann Baptist Gradl, ‚Zur Frage der Industrienteignung in Sachsen‘ vom 17. Mai 1946, in: ACDP, Bestand Johann Baptist Gradl 01-294-027/2.

⁶⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des engeren Landesvorstandes am 7. Juni 1946, in: ACDP 03-035-001. Zur Sitzung des Zonenvorstandes vgl. Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes am 5. Juni 1946, in: ACDP 07-011-2179, Bl. 204 f.

⁶⁹ Protokollentwurf der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am 7. Juni 1946, in: ACDP 03-035-001.

⁷⁰ Hier folgte im ursprünglichen Text: *[...] noch nicht ganz verstanden wird und die [...].* Diese Wörter wurden jedoch bei der Bearbeitung gestrichen.

zudem *unsere stärkste Stütze*, um den Volksentscheid zum angestrebten Ergebnis zu führen.

Die in diesem Zusammenhang vorgebrachte Einschätzung von Baus, dass Hickmann nicht dazu bereit gewesen sei, mit der gleichen Hartnäckigkeit für die Auffassung des Volksentscheides als Sühnemaßnahme einzutreten wie Kaiser oder Gradl, übersieht den eigentlichen Punkt.⁷¹ Hickmann machte hier erstmals deutlich, dass der Erhalt der CDU, die als einzige Partei in allen vier Besatzungszonen vertreten war, als gesamtdeutsche Klammer für ihn absolute Priorität hatte. Diesem Ziel ordnete er alle weiteren politischen Maßnahmen unter. Dementsprechend war auch die Aufrechterhaltung eines guten Verhältnisses zur SMAS für ihn von höchster Wichtigkeit.⁷² Als Folge beteiligte sich die CDU auch aktiv an der Kampagne zum Volksentscheid.⁷³ Kurz vor dem Volksentscheid machte Hickmann auf der ersten Sitzung der Beratenden Versammlung des Landes Sachsen nochmals seine Haltung deutlich, dass man durch einen positiven Ausgang der Besatzungsmacht beweisen könne, *daß die antifaschistische Haltung in unserem Volke eine selbstverständliche ist*.⁷⁴ Der Ausgang des Volksentscheides am 30. Juni brachte schließlich die von SMAS und SED erhoffte große Zustimmung.⁷⁵ Die nachfolgenden Willkürakte bei Enteignungen und die fruchtlosen Versuche der CDU, eine Einspruchsverordnung durchzusetzen, zeugen jedoch von der Vergeblichkeit der Versuche der CDU, sich einerseits als zuverlässiger Ansprechpartner der SMAS darzustellen und andererseits die Auswirkungen der SED-Politik zu begrenzen.⁷⁶

Dies zeigte sich auch bei den Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen im Herbst 1946. Die SMAS unterstützte die SED bei ihren Wahlkämpfen massiv und benachteiligte gleichzeitig die bürgerlichen Parteien. Zu ihrem Instrumentarium gehörte unter anderem die Zurückweisung von Wahlvorschlägen, die Verhängung von Geldbußen wegen angeblicher Verletzung von Anordnungen, eine ungleiche Papierzuteilung und die Nichtregistrierung von Ortsgruppen, was besonders pro-

⁷¹ Vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 289.

⁷² Vgl. auch Schreiben des Kreisvorsitzenden von Aue-Schwarzenberg an Hermann Voigt vom 8. Juni 1946, in: ACDP 03-035-016.

⁷³ Vgl. dazu ausführlich CREUZBERGER, Klassenkampf (wie Anm. 65), S. 123-129; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 291-297.

⁷⁴ 1. Sitzung der Beratenden Versammlung des Landes Sachsen am 25. Juni 1946, in: Inhaltsverzeichnis der Akten und Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 1. Wahlperiode, sowie der beratenden Versammlung des Landes Sachsen vom 25. Juni 1946 bis 6. Oktober 1950, S. 12.

⁷⁵ Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 94 Prozent stimmten 77,6 Prozent der Wähler mit Ja, 16,5 Prozent mit Nein und knapp 6 Prozent der Stimmen waren ungültig, vgl. GÜNTER BRAUN, Wahlen und Abstimmungen, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München 1990, S. 381-431, hier S. 395; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 297. Vgl. auch CREUZBERGER, Klassenkampf (wie Anm. 65), S. 129 mit Anm. 45.

⁷⁶ Vgl. dazu HALDER, Modell (wie Anm. 65), S. 300; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 298-301.

blematisch war, da die Existenz einer Ortsgruppe die zentrale Voraussetzung für die Parteien war, überhaupt in einer Gemeinde zur Wahl antreten zu können.⁷⁷ Aber selbst dies war für Hickmann offenbar kein Grund, darüber seine übergeordneten Ziele zu vergessen. Nach der Erinnerung von Friedrich Wegehaupt, seinerzeit Mitglied des Landesvorstandes, habe man Hickmann vorgeschlagen, wegen der Behinderungen zur Landtagswahl gar nicht erst anzutreten. Dies sei von ihm mit dem Hinweis zurückgewiesen worden, dass man eine Aufgabe zu erfüllen habe.⁷⁸ Nach Lage der Dinge konnte es sich dabei nur um die schon beim Volksentscheid genannte Rolle der CDU als gesamtdeutsche Klammer handeln. Allerdings war Hickmann durchaus gewillt, sich mit Gleichgesinnten zu verbünden. Diesem Gedanken könnte der Versuch zugrunde gelegen haben, sich mit der LDP in Sachsen gegen die SED zu einem „Block der bürgerlichen Parteien“ zu verbinden.⁷⁹ Aus einer sowjetischen Quelle sind wir darüber informiert, dass sich am 4. September Vertreter beider Parteien trafen, unter anderem auch die Landesvorsitzenden Hickmann und Hermann Kastner. Hickmann zeichnete dabei sehr weitsichtig die Strategie der SED, sich ihr weniger standfeste Personen in CDU und LDP mittels der Vergabe von Ämtern für eine Zusammenarbeit gefügig zu machen, diese aber letztlich *Marionetten ohne Einfluss* bleiben würden. Man einigte sich schließlich auf eine Koalition beider Parteien auf kommunaler Ebene und eine enge Abstimmung in allen Fragen. Dieser Versuch blieb jedoch nicht ohne Reaktion. Bereits am 17. September sprach sich Otto Nuschke im CDU-Vorstand *gegen jeden Gedanken einer Blockpolitik der Union mit der LDP* aus.⁸⁰ Dass die Informationen dazu aus dem SMAD-Hauptquartier in Karlshorst kamen, belegt ein bislang unbemerkt gebliebener Vermerk von Generalsekretär Georg Dertinger vom 3. Oktober 1946, wonach die von dort *und anderer Stelle* aufgestellte Behauptung, dass am 4. September eine gemeinsame Vorstandsbesprechung der CDU und der LDP in Sachsen stattgefunden haben soll, falsch sei, weil zu dieser Zeit eine Vorstandssitzung der Union stattgefunden habe.⁸¹ In Anbetracht dessen, dass Dertinger anscheinend einem Irrtum unterlag, da an diesem Tag keine nachweisbare Sitzung des Landes- oder Zonenvorstandes stattgefunden hatte,⁸² und dass der Adressat des sowjetischen Berichtes über das Treffen immer-

⁷⁷ Vgl. Baus, *Union* (wie Anm. 6), S. 319–326; SCHMEITZNER/DONTH, *Partei* (wie Anm. 36), S. 248 f. Zum Wahlkampf in Sachsen im Speziellen vgl. BAUS, *Union* (wie Anm. 6), S. 311–318.

⁷⁸ Vgl. Wortprotokoll der Tagung des ACDP ‚Die CDU in der SBZ 1946–1948‘ im Kloster Walberberg am 22./23. November 1982, S. 130 f., in: ACDP 12-001-0827/5.

⁷⁹ Vgl. zum Folgenden ausführlich DONTH, *Spaltung* (wie Anm. 16), S. 639–643. Schon 1945 wurde eine engere Zusammenarbeit angedacht, vgl. Sitzungsniederschrift des LDP-Landesvorstandes am 27. Juli 1945, in: ADL, Bestand LDPD Landesverband Sachsen L5-261, Bl. 59.

⁸⁰ Protokoll der Vorstandssitzung am 17. September 1946, in: ACDP 07-011-2179, Bl. 276.

⁸¹ Vgl. Aktennotiz von Dertinger an Kaiser, Lemmer und Gerhard Desczyk vom 3. Oktober 1946, in: ACDP 07-011-0489.

⁸² Nachweislich fand an diesem Tag nur eine Sitzung der Geschäftsführer der Landesverbände statt, vgl. ACDP 07-011-1326.

hin eine Abteilung des Zentralkomitees in Moskau war,⁸³ ist es recht wahrscheinlich, dass diese Sitzung doch stattgefunden hat.⁸⁴ Da jedoch bislang sonst nichts zu diesem Treffen überliefert ist, besteht die Frage, inwiefern diese Kooperation überhaupt formell festgelegt worden war.⁸⁵ Hickmann scheint hierin wieder einen eigenen Weg für seinen Landesverband angedacht zu haben, der sich durch das indirekte Eingreifen der SMAD und die dadurch erfolgte Information der Berliner Parteiführung jedoch rasch wieder erledigt hatte. Der Vermerk Dertingers belegt, dass die ganze Angelegenheit für Hickmann nur eine kurze Episode blieb und nicht weiter bekannt werden sollte, weil dies seine Stellung innerhalb der Gesamtpartei möglicherweise angreifbar gemacht hätte.⁸⁶

Während die SED bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen eine absolute Mehrheit erlangte, blieb das Ergebnis der Landtagswahlen mit 47,6 Prozent hinter den Erwartungen zurück.⁸⁷ Bei den Gemeindewahlen wurde die Union hinter der LDP drittstärkste Kraft, konnte bei den Kreistagswahlen allerdings Platz zwei erobern. Bei den Landtagswahlen hingegen blieb die CDU mit 24,5 Prozent wiederum äußerst knapp hinter der LDP mit 24,6 Prozent. Insgesamt waren die führenden Personen der CDU von diesem Wahlergebnis enttäuscht, so auch Hickmann.⁸⁸ Er betonte, dass man das erhoffte Ergebnis nicht erreicht habe. Als positives Resultat nahm er jedoch mit, dass man trotz aller Schwierigkeiten im Lande draußen bestanden habe.⁸⁹

⁸³ Vgl. DONT, Spaltung (wie Anm. 16), S. 639.

⁸⁴ Das Treffen scheint jedoch auf einen kleinen Kreis beschränkt gewesen zu sein. So habe Koring offenbar auf der Sitzung des Landesvorstandes von einer Verleumdung bei einem sowjetischen Oberst gesprochen, wonach er *bei einer Geheimsitzung der LDP und CDU in Dresden dabei gewesen sein* soll. Davon sei aber nichts wahr. Koring war also offenbar nicht involviert. Vgl. Tagebucheintrag von Ludwig Kirsch vom 13. September 1946, in: Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden: HStA Dresden), Personennachlass Ludwig Kirsch 13795, Nr. 3.

⁸⁵ Damit ist auch das quellenkritische Problem verbunden, dass wir von dieser Vereinbarung nur die Interpretation eines Teilnehmers an dem Treffen durch die Worte des sowjetischen Verfassers kennen. Wie weit sie die Wirklichkeit genau widerspiegelt, ist unklar.

⁸⁶ Bereits Ende Juni 1946 gab es anscheinend Verhandlungen zwischen CDU und LDP über die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten, was an der Basis allerdings wenig Begeisterung aufkommen ließ, vgl. Schreiben der Ortsgruppe Schwarzenberg an den Landesverband vom 27. Juni 1946, in: ACDP 03-035-016. 1948 gingen entsprechende Bestrebungen allerdings vor allem von der Basis aus, vgl. Schreiben des Kreisverbandes Dresden an den Landesverband vom 18. Juni 1948, in: ACDP 03-035-149.

⁸⁷ Zu den Wahlergebnissen vgl. BRAUN, Wahlen (wie Anm. 75), S. 386; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 331-339; SCHMEITZNER/DONT, Partei (wie Anm. 36), S. 250-258. Faktisch konnte die SED im Landtag jedoch auf die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) zählen, die 2,9 Prozent erreicht hatte. Die VdgB wurde von der SED klar dominiert und diente in der Folgezeit als Mehrheitsbeschaffer, vgl. SCHRIEFL, Versammlung (wie Anm. 36), S. 79 f.

⁸⁸ Vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 337 f.

⁸⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des engeren Landesvorstandes am 22. Oktober 1946, in: ACDP 03-035-001.

III. Ein Scheidepunkt? Hugo Hickmann und die Absetzung Jakob Kaisers

Mit der Konstituierung des Sächsischen Landtages im November 1946, in dem Hickmann nicht nur den Vorsitz der CDU-Fraktion übernahm, sondern auch in das Amt des zweiten Vizepräsidenten gewählt wurde,⁹⁰ der Wahl Rudolf Friedrichs (SED) zum Ministerpräsidenten einer Allparteienregierung im Dezember 1946 und der Verabschiedung einer Verfassung im Februar 1947, die ihr eindeutiges Vorbild in der von Stalin geprägten Verfassung der Sowjetunion von 1936 hatte,⁹¹ war das politische Koordinatensystem Sachsens für die kommenden Jahre festgelegt, unter gleichzeitiger Beibehaltung der Blockpolitik.⁹² Dass die bürgerlichen Parteien in dieser „simulierten Demokratie“,⁹³ deren Bedingungen von SED und SMAS bestimmt wurden, nur einen begrenzten Spielraum hatten, war Hugo Hickmann wohl bewusst. So machte er etwa schon im Oktober 1946 deutlich, dass eine Verfassung letztlich von den Sowjets diktiert werden würde und es von Anfang an zum Scheitern verurteilt wäre, dagegen anzugehen.⁹⁴ Dies dürfte der Grund gewesen sein, warum der Landesverband darauf verzichtete, einen eigenen Entwurf auszuarbeiten, sondern stattdessen eine von der Parteiführung erarbeitete Vorlage verwendete, die allerdings aus formalen Gründen nicht berücksichtigt wurde.⁹⁵

Während die landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten letztlich stark beschränkt waren, zog seit Ende 1946 ein anderes Thema zunehmend Hickmanns Aufmerksamkeit auf sich, nämlich die Frage, wie die deutsche Einheit hergestellt werden könne. Auf einer Tagung des erweiterten Parteivorstandes am 6. November 1946, auf dem die politischen Konzepte der CDU diskutiert wurden, betonte Hickmann ausdrücklich sein Bekenntnis zur deutschen Einheit und den Wunsch, dass eine Nationalversammlung gewählt werden möge.⁹⁶ Auch Jakob Kaiser nahm

⁹⁰ Vgl. SCHRIEFL, *Versammlung* (wie Anm. 36), S. 86 f.

⁹¹ Vgl. SCHMEITZNER/DONTH, *Partei* (wie Anm. 36), S. 270 f.; vgl. auch BAUS, *Union* (wie Anm. 6), S. 341-343.

⁹² Zur Rolle der Blockpolitik vgl. BAUS, *Union* (wie Anm. 6), S. 344-348; SCHRIEFL, *Versammlung* (wie Anm. 36), S. 163-208.

⁹³ Vgl. SCHMEITZNER/DONTH, *Partei* (wie Anm. 36), S. 272.

⁹⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des engeren Landesvorstandes am 22. Oktober 1946, in: ACDP 03-035-001. Ein exzellentes Beispiel für die Machtlosigkeit der bürgerlichen Parteien im Landtag bietet DONTH, *Vertriebene* (wie Anm. 52), S. 282 f. Anderer Ansicht ist SCHRIEFL, *Versammlung* (wie Anm. 36), S. 116-127.

⁹⁵ Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 5. Dezember 1946, in: ACDP 07-011-2179, Bl. 340. Hickmann wies allerdings ausdrücklich darauf hin, dass die Landtagsfraktionen ein Recht auf Änderungen am Entwurf hätten, *falls es die lokalen Bedürfnisse verlangen*. Die endgültige Fassung des Entwurfs findet sich als Anlage C zum Protokoll der Sitzung des erweiterten Vorstandes am 6. Dezember 1946, in: BA Koblenz N 1018/134.

⁹⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 19. November 1946, in: ACDP 03-035-001. Auf der Vorstandssitzung am 6. November sind die Namen der Diskussions Teilnehmer nicht vermerkt, vgl. ACDP 07-011-2179, Bl. 316-318. Vgl. auch die ähnlich lautenden Ausführungen zur ‚Reichseinheit‘ in der Rede ‚Die Union nach den Wahlen‘ von Jakob Kaiser auf dieser Sitzung, in: ACDP 07-011-2179, Bl. 327.

sich dieses Themas immer stärker an, nicht zuletzt auch aufgrund des Drucks der deutschlandpolitischen Initiativen der SED.⁹⁷ Er erarbeitete einen Plan zur Herstellung einer ‚Nationalen Repräsentation‘, bestehend aus Vertretern der jeweiligen Parteien jeder Zone, die mit den Alliierten über einen Friedensvertrag verhandeln sollte. Eine aus gesamtdeutschen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung sollte diesem Vertragswerk zustimmen.⁹⁸ Dieses Konzept stellte Kaiser auf der vom 13. bis 15. März 1947 dauernden Vorstandssitzung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU vor, die im Monat zuvor in Königstein endgültig konstituiert worden war.⁹⁹ Neben Kaiser und Lemmer war auch Hickmann als Vertreter der SBZ in den Vorstand gewählt worden.¹⁰⁰ Er unterstützte Kaisers Pläne innerhalb der CDU vorbehaltlos.¹⁰¹ Dementsprechend konnte Lemmer auf dem 2. Landesparteitag Ende April 1947, auf dem Hickmann mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde, Kaisers Konzept ausführlich bewerben.¹⁰² Dies geschah jedoch nicht nur vor dem Hintergrund, dass die Landesverbände keine eigenständige Außenpolitik betreiben konnten,¹⁰³ sondern vor allem dadurch, dass Kaisers Vorschlag für Hickmann ein tragfähiges Konzept für das von ihm ersehnte föderale und einheitliche Deutschland war. Das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz und die Ablehnung von Kaisers Plan durch die SPD unter Kurt Schumacher Ende Mai müssen dementsprechend auch für Hickmann überaus enttäuschend gewesen sein.¹⁰⁴

Das Scheitern der deutschlandpolitischen Initiative Kaisers stand jedoch nur am Beginn diverser Aktionen von SED und SMAD, die das Ziel hatten, parallel zur zunehmenden Bolschewisierung der SED die Dominanz der Kommunisten in der SBZ auch nach außen hin zu festigen und gleichzeitig die Stellung der bürger-

⁹⁷ Vgl. BAUS, *Union* (wie Anm. 6), S. 353-358.

⁹⁸ Vgl. WILDE, *SBZ-CDU* (wie Anm. 7), S. 411-429.

⁹⁹ Vgl. BRIGITTE KAFF (Bearb.), *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17), Düsseldorf 1991, S. XI f.

¹⁰⁰ Vgl. Protokoll der zweiten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft in Königstein, 5./6. Februar 1947, in: KAFF, *Unionsparteien* (wie Anm. 99), S. 23.

¹⁰¹ Vgl. Bericht von Karl Buchheim an den sowjetischen Geheimdienst vom 27. März 1947, in: ACDP, *Nachlass Karl Buchheim 01-188-001/3. Zu Buchheims Tätigkeit für die Sowjets* vgl. BUCHHEIM, *Lebensgeschichte* (wie Anm. 47), S. 229-234.

¹⁰² Vgl. ‚Der zweite Landesparteitag der Union in Dresden‘, in: *Neue Zeit* vom 29. April 1947. Vgl. auch die Ausführungen im Arbeitsbericht für die SMAS für den Monat April 1947 vom 2. Mai 1947, in: ACDP 03-035-008.

¹⁰³ Vgl. BAUS, *Union* (wie Anm. 6), S. 361.

¹⁰⁴ Vgl. zur Moskauer Konferenz: HANNS JÜRGEN KÜSTERS, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990* (Dokumente zur Deutschlandpolitik, Studien 9), München 2000, S. 314-365. Zu Schumachers Ablehnung der ‚Nationalen Repräsentation‘ vgl. PETER MERSEBURGER, *Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie*, Stuttgart 1995, S. 371-373. Vgl. auch Bericht des Nachrichtenamtes der Stadt Bautzen über eine Rede Hickmanns in Bautzen am 28. Juli 1947, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 1872.

lichen Parteien zu schwächen.¹⁰⁵ Dazu gehörte eine Stärkung der Blockpolitik, die zur Einberufung von Landeskongressen des Blocks führte, die zum einen das Ziel hatten, die Massenorganisationen in die Blockarbeit einzubinden und zum anderen durch eben dieses Mittel dafür sorgen sollten, dass die eigenen deutschlandpolitischen Vorstellungen weit in die Bevölkerung getragen werden würden.¹⁰⁶ Hickmann nahm am sächsischen Kongress am 28. Juni 1947 teil, machte dort aber deutlich, dass er die Blockpolitik nur *für die notvolle Gegenwart* an die Stelle der bisherigen Koalitionspolitik stellen wolle.¹⁰⁷ Der Zonenvorstand sah sich genötigt, sich vor diesem Hintergrund deutlicher zu positionieren, und verabschiedete am 12. Juli auf Vorschlag Kaisers Richtlinien zur Blockpolitik.¹⁰⁸ Zwischen Kaiser und den Landesvorsitzenden gab es in Bezug auf diese Angelegenheit durchaus Meinungsverschiedenheiten, zumindest Hickmanns Verhältnis zu Kaiser blieb davon aber offenbar unberührt.¹⁰⁹

Ein Grund dafür dürfte gewesen sein, dass Hickmann sich einerseits durchaus bewusst war, dass die SED auf die Mitglieder der bürgerlichen Parteien an der Basis massiven Druck ausübte, und sich darüber keinerlei Illusionen hingab.¹¹⁰ Andererseits erforderte das übergeordnete Ziel der deutschen Einheit den Erhalt eines möglichst konfliktfreien Verhältnisses zur Besatzungsmacht.¹¹¹ Unter diesen Voraussetzungen stand er vorbehaltlos hinter der deutschlandpolitischen Linie Kaisers,¹¹² auch wenn er mit der Tonlage von Reden wie der auf dem 2. Parteitag der CDU im September 1947, in der Kaiser seine Partei als *Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus* bezeichnete,¹¹³ nicht übereinstimmte, was er aber nur in-

¹⁰⁵ Vgl. CONZE, Jakob Kaiser (wie Anm. 27), S. 154; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 366; SCHMEITZNER/DONTH, Partei (wie Anm. 36), S. 351.

¹⁰⁶ Vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 368-371.

¹⁰⁷ Vgl. Rede von Hickmann auf dem 1. Landeskongress der antifaschistisch-demokratischen Parteien Sachsens in Dresden am 28. Juni 1947: *Die Demokratisierung des neuen Deutschlands*, in: ACDP 01-294-056/1. Die SED-Presse verfälschte diese Rede in ihrem Sinne, vgl. ‚Die Konferenz der Blockparteien Sachsens‘, in: Neues Deutschland vom 1. Juli 1947.

¹⁰⁸ Vgl. ‚Für aufrechte Unionspolitik‘, in: Neue Zeit vom 13. Juli 1947. Hierzu ausführlich vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 371-379.

¹⁰⁹ Baus sieht hingegen „erste Risse“ im Verhältnis der Landesvorsitzenden zu Kaiser, vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 374.

¹¹⁰ Vgl. den Beitrag von Gerhard Rohner auf der gemeinsamen Sitzung von Landtagsfraktion und geschäftsführendem Landesvorstand am 28. Juli 1947 sowie die Aussprache auf der Sitzung des Landesvorstandes am 16. September 1947, in: ACDP 03-035-001.

¹¹¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am 16. September 1947: *Wir müssen immer ein gutes Verhältnis zur Besatzungsmacht erarbeiten, damit die Besatzungsmacht uns ihr Vertrauen schenkt*, in: ACDP 03-035-001.

¹¹² Dies galt auch für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze, vgl. DONTH, Militäradministration (wie Anm. 36), S. 122.

¹¹³ Vgl. Rede von Jakob Kaiser vor der Jahrestagung der CDU in Berlin am 6. September 1947, in: JAKOB KAISER, *Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik*, hrsg. von Christian Hacke, Köln 1988, S. 267.

direkt kritisierte.¹¹⁴ Diese Sichtweise findet in gewisser Weise ihre Bestätigung in einer Charakterisierung Hickmanns vom September 1947 durch den bei der SMAD für die CDU zuständigen Hauptmann Kratin, wonach er zwar „keine ehrliche Blockpolitik“ betreibe, jedoch durch seine praktische Arbeit seine loyale Haltung beweise.¹¹⁵

Die SMAD betrachtete spätestens seit dieser Zeit die Entfernung Jakob Kaisers aus seinem Amt als essenzielle Voraussetzung für die stärkere Einbindung der CDU.¹¹⁶ Auslösender Faktor hierfür war der Aufruf der SED zu einem ‚Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden‘ vom 26. November 1947, einen Tag nach Beginn der Londoner Außenministerkonferenz.¹¹⁷ Kaiser und Lemmer lehnten die Teilnahme am Volkskongress umgehend ab, da er kein repräsentatives Organ darstelle und daher eher ein Abbild der deutschen Zerrissenheit sei.¹¹⁸ Hickmanns erste Äußerung zu diesem Thema ist von der Landesvorstandssitzung am 1. Dezember überliefert. Er kritisierte die SED und die Idee des Volkskongresses mit aller gebotenen Schärfe und machte deutlich, dass man sich dieser unter keinen Umständen anschließen könne, betonte jedoch gleichzeitig, dass die CDU nun einfach Abseits stehe, was insbesondere seitens der Sowjets nicht verstanden werden würde. Daher sei in letzter Stunde eine Initiative nötig.¹¹⁹ Entsprechend kritisierte er auch auf der Sitzung des Zonenvorstandes einen Tag später, dass die Entscheidung ohne jede Fühlungnahme mit den Landesverbänden

¹¹⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 16. September 1947: *Die politischen Gegebenheiten in unserer Zone legen uns besondere Verpflichtungen auf. Es darf nicht dazu führen, daß die Vertrauensgrundlage, die wir mit unserer Besatzungsbehörde aufgebaut haben, irgendwie erschüttert wird. Da werden wir uns in mancher Beziehung einen schmerzlichen Verzicht [bei öffentlichen Reden] auferlegen müssen*, in: ACDP 03-035-001.

¹¹⁵ Vgl. DONTH, Militäradministration (wie Anm. 36), S. 123. Kratin betonte auch, dass Hickmann ein gutes Verhältnis zu Kaiser habe, jedoch im Konflikt über die Blockpolitik auf Distanz gegangen sei und eine Führungsrolle auf SBZ-Ebene für sich reklamiere. Ob dies jedoch mehr als Hörensagen ist, sei dahingestellt. Vgl. auch Charakterisierung von Hugo Hickmann durch den SED-Fraktionssekretär Jatzke vom 25. Januar 1949, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 867, Bl. 77.

¹¹⁶ Vgl. DONTH, Militäradministration (wie Anm. 36), S. 123 f.; DONTH, Vertriebene (wie Anm. 52), S. 308 f.

¹¹⁷ Vgl. CONZE, Jakob Kaiser (wie Anm. 27), S. 186 f.; MANFRED KOCH, Volkskongressbewegung und Volksrat, in: Broszat/Weber, SBZ-Handbuch (wie Anm. 75), S. 345-357, hier S. 349 f.

¹¹⁸ Vgl. MICHAEL RICHTER, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19), Düsseldorf 21991, S. 32 f.; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 388.

¹¹⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 1. Dezember 1947, in: ACDP 03-035-001. Die Auffassung von BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 391, dass Hickmann versucht habe, den Vorstand „behutsam von der Linie Kaisers abzubringen“, weil er in seinem Referat dessen eigenmächtiges Vorgehen bezüglich des Konsultativrates kritisierte, erscheint vor dem Hintergrund seiner weiteren Äußerungen bei der Sitzung wenig plausibel. Vgl. auch Tagebucheintrag von Ludwig Kirsch vom 1. Dezember 1947, in: HStA Dresden, 13795, Nr. 3.

erfolgt sei. Zwar sei der Landesverband Sachsen noch nicht an eine Teilnahme am Kongress gebunden, Landesregierung und Landtagspräsidium würden allerdings mit den ihnen angehörenden CDU-Mitgliedern dem Kongress beiwohnen.¹²⁰ Hickmanns Äußerungen machten die Zwangslage klar, unter denen die Landesverbände standen. Selbst wenn sie eine Teilnahme am Volkskongress ablehnten, war der Druck, der auf einzelne Mitglieder ausgeübt werden konnte, so groß, dass die Aufrechterhaltung einer geschlossenen Front gar nicht möglich war. Durch eine frühzeitige Fühlungnahme mit den Landesverbänden hätte dies möglicherweise vermieden werden können.¹²¹ Am Ende kam es zu dem Kompromiss, dass die CDU als Partei zwar nicht am Kongress teilnehmen werde, sofern aber *Mitglieder der Union, insbesondere auch in Ausübung sonstiger Funktionen, der Einladung zu dem Kongress Folge leisten, geschieht dies aus eigener Entschliessung, deren Motive der Vorstand unter den gegebenen Verhältnissen würdigt*.¹²² Aus Sicht Hickmanns war damit ein gangbarer Weg gefunden, denn auf der Landesblocksitzung am 3. Dezember verzichtete die sächsische CDU zwar auf einen Parteivertreter zur Vorbereitung des Volkskongresses, verwies aber darauf, dass sich die Mitglieder der Landtagsfraktion wählen lassen könnten, soweit sie sich vorschlagen ließen.¹²³ Hickmann selbst nahm, anders als die übrigen Landesvorsitzenden, nicht am Volkskongress teil.¹²⁴

Am 9. Dezember 1947 berichtete Hickmann in einer Arbeitsbesprechung von einer am gleichen Tag abgehaltenen Besprechung bei der SMAS in Dresden, in der ihm mitgeteilt worden war, dass Kaiser sich im politischen Gegensatz zur Mehrzahl der Mitglieder der CDU befinde und Hickmann sich daher in Berlin dafür einsetzen möge, dass die entsprechenden Konsequenzen gezogen würden.¹²⁵ Im

¹²⁰ Vgl. Protokoll der Sitzung des Vorstandes der Union am 2. Dezember 1947, in: ACDP 07-011-2037, Bl. 137.

¹²¹ BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 392 f. scheint diesen Hintergrund und seine Folgen nicht in seiner vollen Konsequenz zu erfassen, wenn er summarisch darauf verweist, dass „ein immer weiteres Nachgeben die Partei weiter korrumpier[t]“ hätte.

¹²² Protokoll der Sitzung des Vorstandes der Union am 2. Dezember 1947, in: ACDP 07-011-2037, Bl. 138. Der Kompromiss scheint schwer erkämpft worden zu sein, angeblich hätten Kaiser und Lemmer bei fehlender Unterstützung ihrer Erklärung sogar mit ihrem Rücktritt gedroht, vgl. Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am 15. Dezember 1947, in: ACDP 03-035-163.

¹²³ Vgl. Protokoll der Sitzung des sächsischen Blocks am 3. Dezember 1947, in: ACDP 03-035-046. Kritisch dazu, aber insbesondere in seiner Interpretation der Entschließung vom 2. Dezember nicht völlig überzeugend vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 394 f.

¹²⁴ Vgl. Wortprotokoll der Vorstandssitzung am 11. Dezember 1947, in: BA Koblenz 1018/46, Bl. 190. Angeblich soll er einen Tag vor Beginn des Volkskongresses krank geworden sein, vgl. Stenogramm der Sitzung des erweiterten Hauptvorstandes am 5. Februar 1950, in: ACDP 07-011-2037, Bl. 636. Vgl. auch BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 400.

¹²⁵ Vgl. Protokoll der Arbeitsbesprechung der Vorsitzenden am 9. Dezember 1947, in: ACDP 03-035-001. Bereits früher scheint Sergej Tjulpanow Hickmann deutlich gemacht zu haben, dass die Sowjets nicht mehr mit Kaiser zusammenarbeiten würden, vgl. Tagebucheintrag von Ludwig Kirsch vom 2. Dezember 1947, in: HStA Dresden, 13795, Nr. 3. Das anwesende Vorstandsmitglied Reiner Mager berichtete Kaiser über

Klartext bedeutete dies nichts anderes, als dass Hickmann auf einen freiwilligen Rücktritt Kaisers hinwirken sollte, zumal nach Auskunft der Sowjets Kaiser mitgeteilt worden sei, dass er nicht mehr das Vertrauen der Besatzungsmacht besitze. Es ist anzunehmen, dass diese Entscheidung Hickmann schwer getroffen haben muss. Dies wurde auf der Sitzung des Zonenvorstandes am 11. Dezember mehr als deutlich, auf der er zunächst ausführlich über den Druck sprach, den die Sowjets auf ihn selbst wegen einer Teilnahme am Volkskongress ausgeübt hätten, in der ihm sogar mit einem *Kriegszustand* gedroht worden sei.¹²⁶ Im Anschluss daran betonte er, wie nicht nur ihm die vergangenen Tage zugesetzt hätten: *Wir haben alles versucht, die Linie, die wir verfolgt haben, zu halten. Aber es geht über die Kraft, sie ist einfach nicht zu halten. Ich will nicht erzählen, wie schwer es die Leute gehabt haben, die sich mit mir an unsere Beschlüsse gehalten haben. Die Leute sind fertig. [...] Wir können in der Zone nicht arbeiten, ohne dass wir ein gutes Einvernehmen haben mit der Besatzung. Wir müssen uns verstehen. Sonst geht das, was wir aufgebaut haben, verloren.*¹²⁷ Hickmann schlug letztlich vor, nochmals einen Vermittlungsversuch zu wagen, indem die Landesvorsitzenden mit oder ohne Kaiser mit Oberst Sergej Tjulpanow, dem mächtigen Leiter der Propagandaverwaltung der SMAD,¹²⁸ den weiteren Fortgang besprechen sollten. Die Sitzung wurde unter dem Eindruck von Hickmanns Ausführungen anschließend unterbrochen.

Hickmanns Ausführungen, insbesondere die Aussage, dass es *über die Kraft* gehe, müssen überaus emotional und bewegend vorgetragen worden sein, wenn man bedenkt, dass Zeitzeugen sich noch knapp 40 Jahre später daran erinnerten.¹²⁹ Mit diesen Schwierigkeiten, die Hickmann schilderte, womit er sicherlich vielen Anwesenden mit engem Kontakt zur Basis aus der Seele sprach, erscheint es überaus problematisch, dem sächsischen Landesvorsitzenden zu unterstellen, wie zum Teil in der Forschung geschehen, dass er plante, Kaiser politisch in der SBZ auszu-

diese Sitzung in einem Schreiben vom folgenden Tag, vgl. CONZE, Jakob Kaiser (wie Anm. 27), S. 196.

¹²⁶ Vgl. Wortprotokoll der Vorstandssitzung am 11. Dezember 1947, in: BA Koblenz N 1018/46, Bl. 190.

¹²⁷ Vgl. ebd., Bl. 191.

¹²⁸ Vgl. zu Tjulpanow: GERHARD WETTIG (Hg.), *Der Tjul'panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg* (Berichte und Studien 63), Göttingen 2012, S. 18–24.

¹²⁹ Vgl. Wortprotokoll der Tagung des ACDP ‚Die CDU in der SBZ 1946–1948‘ im Kloster Walberberg am 22./23. November 1982, S. 215–218 (Johann Baptist Gradl) bzw. S. 224 f. (Ernst Eichelbaum), in: ACDP 12-001-0827/5; Wortprotokoll der Tagung des ACDP ‚Die CDU in der SBZ/DDR 1946–1952‘ in Eichholz am 5./6. Juli 1988, S. 256 f. (Willi Oesterlein), in: ACDP 12-001-0828/4. Kaiser selbst betonte wenige Tage später, dass Hickmann seine Ausführungen *in bewogender Weise* zum Ausdruck gebracht habe, vgl. Erklärung von Jakob Kaiser vor den Vorsitzenden der Landesverbände, in: ACDP, Bestand Exil-CDU 03-013-667/9. Vgl. auch JOHANN BAPTIST GRADL, *Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Köln 1981, S. 158.

schalten, nicht aber persönlich mit ihm zu brechen.¹³⁰ Dies wird noch deutlicher, wenn man Aussagen Hickmanns in den Sitzungen des Landesvorstandes am 2. und 3. Januar 1948 berücksichtigt, in denen er den anwesenden Vorstandsmitgliedern vom Gang der Ereignisse berichtete, die zum Sturz Kaisers geführt hatten.¹³¹ Demnach fanden während der Unterbrechung der Vorstandssitzung am 11. Dezember Vorbereitungen mit den sowjetischen Offizieren statt. Dabei unterbreitete Hickmann im Einvernehmen mit Kaiser den Vorschlag, dass sich dieser bis zur Beilegung des Konflikts in der politischen Leitung der Union zurückhalten solle. Die Leitungsfunktion würde in dieser Zeit durch Lemmer in Verbindung mit Hickmann und dem mecklenburgischen Vorsitzenden Reinhold Lobedanz ausgeübt, wobei diese Regelung nicht nach außen kommuniziert werden sollte.¹³² Obwohl sich Tjulpanow und Kaiser mit diesem Vorschlag als Verhandlungsgrundlage einverstanden erklärten, forderte die SMAD zusätzlich, dass nicht nur Kaiser, sondern auch Lemmer aus der Leitung der CDU ausgeschaltet und Hickmann, da Lobedanz aufgrund einer Erkrankung längere Zeit nicht zur Verfügung stehen würde,¹³³ mit der Führung beauftragt werden solle. Dies sei schließlich auch so geschehen.

Das Wort- wie auch das offizielle Protokoll der Sitzung vom 11. Dezember 1947 vermerken von all dem nichts. Nach der Unterbrechung habe Lemmer bekanntgegeben, dass die Landesvorsitzenden ohne Kaiser und ihn mit den Sowjets verhandeln sollten, und Kaiser ergab sich der Hoffnung, dass diese Aussprache zu einer Lösung führe.¹³⁴ Hickmann selbst sprach rückblickend von einer *streng-vertrauliche[n] Regelung*.¹³⁵ Die Angaben Hickmanns sind leider aufgrund des Fehlens weiterer Quellen nicht überprüfbar. Auch auf der Sitzung des erweiterten

¹³⁰ Vgl. CONZE, Jakob Kaiser (wie Anm. 27), S. 201; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 401.

¹³¹ Zum Folgenden vgl. Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes vom 2. Januar 1948, in: ACDP 03-035-001; Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes vom 3. Januar 1948, in: BA Koblenz N 1018/51, Bl. 40 f. Vgl. auch: Niederschrift von Karl Buchheim zu den Sitzungen am 2. und 3. Januar 1948, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (im Folgenden: IfZ-Archiv München), Nachlass Karl Buchheim, ED 406.

¹³² Zu Lemmers Rolle im Rahmen der Absetzung Kaisers vgl. grundsätzlich: STEFAN CREUZBERGER, Opportunismus oder Taktik? Ernst Lemmer, die sowjetische Besatzungsmacht und der Umgang mit neuen „Schlüsseldokumenten“, in: Michael Richter/Martin Reißmann (Hg.), Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 2), Weimar/Köln/Wien 1995, S. 37–46.

¹³³ Vgl. CHRISTIAN SCHWIESELMANN, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Mecklenburg und Vorpommern. Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes (1945–1952) (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 58), Düsseldorf 2011, S. 236.

¹³⁴ Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 11. Dezember 1947, in: ACDP 07-011-2037, Bl. 143 f.; Wortprotokoll der Vorstandssitzung am 11. Dezember 1947, in: BA Koblenz 1018/46, Bl. 193 f.

¹³⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes vom 2. Januar 1948, in: ACDP 03-035-001.

Landesvorstandes am 15. Dezember hielt sich Hickmann an die genannte Absprache und betonte, dass er hoffe, das Gespräch der Landesvorsitzenden mit Tjulpanow werde eine Lösung bringen.¹³⁶ In der Aussprache musste sich Hickmann einiger Kritik stellen, insbesondere zu seiner Zustimmung zur Teilnahme am sächsischen Landeskongress am selben Tag.¹³⁷ In seinem Vortrag hatte Hickmann sich unter anderem damit gerechtfertigt, dass Kaiser gesagt habe, er sei *mit der Durchführung von Landeskongressen auf der Grundlage der Blockpolitik einverstanden*. Diesem wurde von der Landesfrauenreferentin Ruth Matthaes widersprochen mit dem Hinweis, dass ein *Dresdner Freundeskreis Jakob Kaisers* mit Kaiser selbst Verbindung aufgenommen und er ihnen mitgeteilt habe, dass er zwar mit der Teilnahme an Blockveranstaltungen zur Londoner Konferenz einverstanden sei, nicht jedoch mit Volkskongressen, die sich nur dem Berliner Kongress angeschlossen hätten. Daraufhin erklärte Matthaes: *Ich persönlich bin nicht in der Lage, Prof. Hickmanns Weg zu folgen*. Auch andere Mitglieder des Landesvorstandes kritisierten Hickmanns Teilnahme am Landeskongress, sodass er sich schließlich dazu bereit erklärte, eine Erklärung vor dem Kongress abzugeben, in der er den Landeskongress ausdrücklich als *auf der Grundlage der Blockpolitik* stehend ansprach. Die des Öfteren in der Literatur zu findende Aussage, dass es im Landesvorstand zu „schweren inneren Kämpfen“ gekommen sei,¹³⁸ muss relativiert werden. Zum einen scheint die Erklärung Hickmanns die Situation beruhigt zu haben, zum anderen richtete sich die Kritik nur auf die Teilnahme am Landeskongress, ausdrücklich nicht jedoch auf die Rolle Hickmanns in den Vorgängen um Kaiser.

Am 16. Dezember wurde den Landesvorsitzenden durch sowjetische Offiziere mitgeteilt, dass Tjulpanow mit Hickmanns Vermittlungsvorschlag einverstanden sei.¹³⁹ Allerdings verweigerte sich Kaiser am Vormittag des 19. Dezember, da er, den guten Willen der Bemühungen anerkennend, im Falle seiner vorübergehenden

¹³⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am 15. Dezember 1947, in: ACDP 03-035-163. Dazu auch Hickmanns spätere Aussage über den unvollständigen Bericht auf dieser Sitzung aufgrund der Vertraulichkeit verschiedener Aspekte, vgl. Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes vom 2. Januar 1948, in: ACDP 03-035-001.

¹³⁷ Zum Folgenden vgl. Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am 15. Dezember 1947, in: ACDP 03-035-163; Bericht von Rudolf Schmidt über die Sitzung des Landesvorstandes am 15. Dezember 1947, in: BA Koblenz N 1018/46, Bl. 204 f. Vgl. dazu auch Schreiben von Rainer Mager an Jakob Kaiser vom 15. Dezember 1947, in: BA Koblenz N 1018/46, Bl. 199; Tagebucheintrag von Ludwig Kirsch vom 15. Dezember 1945, in: HStA Dresden, 13795, Nr. 3.

¹³⁸ Vgl. CONZE, Jakob Kaiser (wie Anm. 27), S. 201. Ihm folgend, aber die Aussagen Conzes recht ungenau und verkürzend wiedergebend: DONTH, Vertriebene (wie Anm. 52), S. 312; DERS., Militäradministration (wie Anm. 36), S. 125. Eher zurückhaltend: BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 402-404.

¹³⁹ Ursprünglich sollte die Besprechung der Landesvorsitzenden mit Tjulpanow an diesem Tag stattfinden, diese musste aber verschoben werden, da der sowjetische Außenminister Molotow am selben Tag in Berlin eingetroffen war, vgl. CONZE, Jakob Kaiser (wie Anm. 27), S. 201 f.

Beschränkung eine Spaltung der CDU befürchtete.¹⁴⁰ Am Nachmittag desselben Tages fand schließlich das Gespräch mit Tjulpanow statt. Hickmann, der als Senior der Runde und Vorsitzender des mitgliederstärksten Landesverbandes offenbar die Führung übernommen hatte, versuchte Tjulpanow mit Nachdruck davon zu überzeugen, dass die Auseinandersetzungen mit Kaiser allein auf Missverständnissen beruhten, und berief sich insbesondere darauf, dass seine Aussagen vor allem dem Versuch geschuldet waren, mit der CDU in den Westzonen zu einer Einigung zu gelangen. Tjulpanow wies dies jedoch zurück und forderte, dass Kaiser und Lemmer aus der politischen Führung auszuschalten seien. Im Anschluss trafen die Landesvorsitzenden nochmals mit Kaiser und Lemmer zusammen. Wie zu erwarten war, wollten diese der Forderung der Sowjets nicht nachkommen. Schließlich gaben die Landesvorsitzenden eine Erklärung ab, wonach sich die Landesverbände so lange von der Zonenleitung trennen würden, bis die Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der SMAD wiederhergestellt worden sei. Dies habe trotz des Vertrauens zu Jakob Kaiser zu geschehen, da ansonsten die Fortsetzung der Arbeit der CDU in der SBZ nicht möglich sei.¹⁴¹ Aus Sicht der Landesvorsitzenden war dies ein annehmbarer Ausweg aus dem Dilemma. Man hatte sich einerseits rein formell von Kaiser und Lemmer getrennt, ohne ihnen das Misstrauen auszusprechen, was an der Parteibasis sicherlich für Verwerfungen gesorgt hätte, und konnte als Vorbild für eine kooperative Leitung auf die Strukturen der CDU in der US-amerikanischen und der französischen Zone verweisen,¹⁴² andererseits gab man den Ball wieder an Tjulpanow zurück, da keine formelle Absetzung der Parteileitung erfolgt war.¹⁴³ Auch die Sorge um Konsequenzen für die Mitglieder an der Basis im Zuge einer völligen Verweigerung der Zusammenarbeit mag eine Rolle gespielt haben.¹⁴⁴

Tjulpanow ließ keine Zeit verstreichen. Am Vormittag des 20. Dezember 1947 ließ er mitteilen, dass ab sofort die Vorsitzenden der Landesverbände unter Lobe-

¹⁴⁰ Zu den Geschehnissen am 19. Dezember 1947 vgl. Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes vom 2. Januar 1948, in: ACDP 03-035-001; Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes vom 3. Januar 1948, in: BA Koblenz N 1018/51, Bl. 41 f.; Erklärung von Jakob Kaiser vor den Vorsitzenden der Landesverbände am 19. Dezember 1947, in: ACDP 03-013-667/9. Vgl. auch Niederschrift von Karl Buchheim zu den Sitzungen am 2. und 3. Januar 1948, in: IfZ-Archiv München ED 406. Vgl. auch GRADL, Anfang (wie Anm. 129), S. 137-139; DONT, Vertriebene (wie Anm. 52), S. 312 f.; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 405 f.; WETTIG, Tjul'panov-Bericht (wie Anm. 128), S. 228.

¹⁴¹ Vgl. CONZE, Jakob Kaiser (wie Anm. 27), S. 204. Nach seinen Angaben wurde die Erklärung in Abwesenheit Kaisers verfasst, da er diese erst am Morgen des 20. Dezember auf seinem Schreibtisch vorfand.

¹⁴² So auch Hickmann, vgl. Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes vom 3. Januar 1948, in: BA Koblenz N 1018/51, Bl. 42. Vgl. dazu HANS-OTTO KLEINMANN, Geschichte der CDU 1945–1982, Stuttgart 1993, S. 69.

¹⁴³ Vgl. DONT, Vertriebene (wie Anm. 52), S. 313.

¹⁴⁴ Vgl. Wortprotokoll der Tagung des ACDP ‚Die CDU der SBZ/DDR 1948–1952‘ in Eichholz am 11./12. November 1987, S. 152, in: ACDP 12-001-0828/2.

danz und Hickmann als oberste Führung der Partei betrachtet würden. Zur Sicherung der laufenden Geschäfte sollten die Landesvorsitzenden Beauftragte benennen.¹⁴⁵ Hickmann, der bereits zurück nach Dresden gefahren war, erhielt ein Telegramm mit den entsprechenden Anweisungen der SMAD und fuhr bereits am 23. Dezember wieder nach Berlin zurück, um die Angelegenheit vor Ort zu klären. In einer Presseerklärung machte er schließlich deutlich, wie sich die Lage aus seiner Sicht darstellte, wobei er den Vorgang weiterhin auf der Basis seines Vorschlages vom 11. Dezember interpretierte. Kaiser und Lemmer seien weder abgesetzt noch zurückgetreten, sondern *vorläufig für funktionsunfähig erklärt* worden. Hickmann werde die Geschäfte des Zonenvorsitzenden führen, da Lobedanz durch seine Erkrankung noch längere Zeit ausfallen werde. Die Gesamtleitung der Union liege bei den sechs Landesvorsitzenden, denen ein Koordinationsausschuss als geschäftsführendes Organ beigelegt werde, bestehend aus dem brandenburgischen Landesvorsitzenden Wilhelm Wolf, Generalsekretär Georg Dertinger und Otto Nuschke.¹⁴⁶ Zudem hatte er den Sowjets gegenüber erklärt, dass dies nur eine Übergangslösung sei, dass die Partei am Ende eine demokratische Entscheidung über diese Angelegenheit treffen müsse und dass die CDU auch in dieser Übergangszeit *eine auf der Grundlage unserer Partei beruhende Politik durchführen* könne. All dies sei von der SMAD anerkannt worden.¹⁴⁷

Diese Vorgänge wurden deshalb relativ ausführlich dargestellt, weil die Gesamtbeurteilung Hugo Hickmanns untrennbar mit ihnen verknüpft ist. Dabei scheinen Ansichten der Art, dass er in dieser Zeit „schwankend und ohne eindeutige Kursbestimmung“¹⁴⁸ oder gar als „Werkzeug Tjulpanows“¹⁴⁹ und in einer „zweifelnde[n] Rolle“¹⁵⁰ agiert habe, kaum mit den Tatsachen vereinbar zu sein. Fakt ist, dass Hickmann von Anfang an versucht hat, einerseits Kaisers Position so gut als möglich zu unterstützen und andererseits die Arbeitsfähigkeit der CDU in der SBZ aufrechtzuerhalten. Seit der Vorstandssitzung am 11. Dezember, auf der er bekennen musste, dass es *über die Kraft* gehe, was mit dem nur indirekt geäußerten Vorwurf einherging, dass man in der Viermächtestadt Berlin wenig Ahnung davon habe, wie die reale Situation unter der sowjetischen Besatzung sei,¹⁵¹

¹⁴⁵ Vgl. CONZE, Jakob Kaiser (wie Anm. 27), S. 204 f.; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 407.

¹⁴⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes vom 3. Januar 1948, in: BA Koblenz N 1018/51, Bl. 43. Der Wunsch Hickmanns, dass dem Koordinierungsausschuss auch Robert Tillmanns und Heinrich Krone angehören sollten, blieb unerfüllt. Nachdem Tillmanns von den Sowjets abgelehnt worden war, verweigerte auch Krone seine Mitarbeit. Vgl. auch CONZE, Jakob Kaiser (wie Anm. 27), S. 206 f.

¹⁴⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes vom 2. Januar 1948, in: ACDP 03-035-001; Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes vom 3. Januar 1948, in: BA Koblenz N 1018/51, Bl. 43.

¹⁴⁸ Vgl. BAUS, Christlich-Demokratische Union Deutschlands (wie Anm. 5), S. 144.

¹⁴⁹ Vgl. DONTN, Vertriebene (wie Anm. 52), S. 310.

¹⁵⁰ Vgl. TISCHNER, Katholische Kirche (wie Anm. 12), S. 243.

¹⁵¹ Vgl. Wortprotokoll der Vorstandssitzung am 11. Dezember 1947, in: BA Koblenz N 1018/46, Bl. 191: *Man muss auch mal in Berlin mit einer Entscheidung warten und erst die Möglichkeit gegenseitigen Verstehens geprüft werden.*

scheint Hickmann die treibende Kraft dahinter gewesen zu sein, zwischen Kaiser und Tjulpanow zu einem Kompromiss zu kommen. Dabei ist es abwegig, ihm in diesem Zusammenhang „persönlichen Ehrgeiz“¹⁵² zu unterstellen. Die entscheidenden Impulse zur letztlichen Absetzung Kaisers gingen immer von den Sowjets aus. Am Ende musste sich Hickmann den gegebenen Realitäten stellen.¹⁵³

IV. Jahre des Wandels (1948/49)

Wie schon erwähnt fanden zu Beginn des Jahres 1948 je eine Sitzung des geschäftsführenden und des erweiterten Landesvorstandes statt, auf denen Hickmann über die Entwicklungen in der Krise um Jakob Kaiser berichtete. Dabei stellte er nochmals die Bedeutung der Geschlossenheit der CDU heraus und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass es keinen Riss in der Partei gebe. Er betonte: *Wir arbeiten nicht nur für heute, die entscheidende Aufgabe der Union liegt in der Zukunft. Und für diese entscheidende Aufgabe müssen wir uns in voller Kraft bereithalten.* Im Rahmen der kurzen Aussprache wurde keine Kritik an Hickmanns Kurs geübt. Durch eine einmütige Zustimmung zu einer entsprechenden Entschließung wurde die vom Landesvorsitzenden geschilderte aktuelle Situation an der Spitze der CDU anerkannt, aber auch die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags gefordert.¹⁵⁴ Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass kritische Stimmen von der Sitzung ferngehalten worden sein könnten.¹⁵⁵

Entscheidend für Hickmann war nun, wie sich das Verhältnis zu Kaiser entwickelte. Dieser verfasste am 5. Januar einen Brief, in dem er Hickmann seine Position klarmachte. Er betonte, dass er die Festlegungen der SMAD nicht anerkennen könne, was somit auch auf den Koordinierungsausschuss zutrefte. Auch er forderte die möglichst schnelle Einberufung eines Parteitages.¹⁵⁶ Beide trafen aber offenbar in der Folgezeit regelmäßig zu Besprechungen miteinander zusammen.¹⁵⁷

¹⁵² Vgl. TISCHNER, Katholische Kirche (wie Anm. 12), S. 237.

¹⁵³ Vgl. auch: Beitrag zu Hugo Hickmann, in: Volkmar Hänel, Materialsammlung zur Geschichte des Landesverbandes Sachsen der Christlich-Demokratischen Union 1945–1952, S. 4, in: ACDP, Landesverband Sachsen (ab 1990) 03-053-055/1.

¹⁵⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes vom 2. Januar 1948, in: ACDP 03-035-001; Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes vom 3. Januar 1948, in: BA Koblenz N 1018/51, Bl. 45 f.

¹⁵⁵ Vgl. Bericht aus Sachsen vom 27. Januar 1948, in: ACDP 03-013-343/2. Darunter scheinen mindestens die Vorsitzenden der Kreisverbände Chemnitz-Land, Görlitz-Stadt und Görlitz-Weißwasser gefallen zu sein, vgl. Schreiben von Pfarrer Wendelin Siebrecht an Hickmann vom 2. Januar 1948, in: ACDP 03-035-073.

¹⁵⁶ Vgl. Schreiben von Jakob Kaiser an Hugo Hickmann vom 5. Januar 1948, in: BA Koblenz N 1018/51, Bl. 74 f. Die SMAD verhinderte die rasche Einberufung eines Parteitages jedoch, offenbar aus Sorge um öffentliche Unterstützung für Kaiser, sodass erst im September einer stattfinden konnte, vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 42.

¹⁵⁷ Vgl. Schreiben von Hugo Hickmann an Jakob Kaiser vom 13. Januar 1948, in: BA Koblenz N 1018/51, Bl. 114. Vgl. auch BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 412.

Dies hielt Kaiser jedoch nicht davon ab, die Sowjets und ihre Fürsprecher in der CDU, insbesondere Otto Nuschke, in öffentlich gehaltenen Reden zu kritisieren und Verständnis für die westdeutschen Kritiker der CDU der SBZ zu äußern.¹⁵⁸ Hickmann muss über diese Äußerungen verärgert gewesen sein, liefen sie doch seinen Bemühungen, Kaiser als Führungsfigur zu erhalten, entgegen. So stellte er fest, dass diese Ansprachen die Brücken zur SMAD abgebrochen hätten.¹⁵⁹ Als verantwortlich dafür sah er vor allem das Umfeld Kaisers, insbesondere Gradl und Kaisers spätere zweite Ehefrau Elfriede Nebgen, was ihn zu der Aussage *Gott schütze Kaiser vor seinen Freunden!* veranlasst haben soll.¹⁶⁰ Bereits am 17. Januar betonte Hickmann auf einer Kreiskonferenz in Dresden, dass Kaiser die ganze Lage in der SBZ noch schwieriger gemacht habe und dass es ausgeschlossen sei, ihn wieder zum Vorsitzenden wählen zu können.¹⁶¹ Am 6. Februar konnte er die sächsischen Kreisvorsitzenden bei nur drei Enthaltungen einstimmig auf eine entsprechende Entschließung festlegen.¹⁶² Hickmann hielt aber weiterhin an dem politischen Kurs Kaisers fest. Ausdrücklich wurde im Rundfunk sein Vorschlag der Schaffung einer Repräsentanz aus Vertretern der Länderparlamente erwähnt.¹⁶³ Bereits am 12. Februar stimmte er jedoch der Teilnahme der CDU am Zweiten Deutschen Volkskongress zu, der im März 1948 in Berlin stattfand, aber auch in diesem Beschluss wurde nicht der Hinweis unterlassen, den Volkskongress in die Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU um eine gesamtdeutsche Verfassung einzuordnen.¹⁶⁴ Kritik an der Entscheidung begegnete Hickmann geradezu entschuldigend damit, dass alle Landesverbände außer Sachsen ohnehin am Volkskongress teilnehmen würden, was zu einem noch größeren Debakel als beim ersten Volkskongress geführt hätte, und dass es nun die Aufgabe

¹⁵⁸ So insbesondere in zwei Reden im westlichen Teil Berlins, vgl. ‚Um Demokratie und Freiheit‘ am 10. Januar 1948 sowie ‚Einheit und Freiheit‘ am 18. Januar 1947 in: KAISER, Brücke (wie Anm. 113), S. 299-314; vgl. CONZE, Jakob Kaiser (wie Anm. 27), S. 214-216.

¹⁵⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung der Landesvorsitzenden und des Koordinierungsausschusses am 11. und 12. Februar 1948, in: ACDP 07-011-2037, Bl. 180. Vgl. auch Schreiben von Hickmann an den Görlitzer Bürgermeister Fritz Seichter vom 11. März 1948, in: ACDP 03-035-073. Gleichzeitig bemühte er sich darum, öffentliche Angriffe auf Kaiser zu unterbinden, wie etwa durch den Artikel von GEORG DERTINGER, ‚Zur Lage in der CDU‘, in: Neue Zeit vom 13. Januar 1948. Vgl. auch Schreiben von Hickmann an Walther Schreiber vom 24. Januar 1948, in: ACDP 03-035-073.

¹⁶⁰ Vgl. Bericht von Karl Buchheim an den sowjetischen Geheimdienst vom Januar 1948, in: ACDP 01-188-001/3.

¹⁶¹ Vgl. Bericht aus dem Kreisverband Dresden vom 30. Januar 1948, in: ACDP 03-013-343/2.

¹⁶² Vgl. Niederschrift der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes, erweitert durch die Kreisvorsitzenden, in: BA Koblenz N 1018/51, Bl. 208. Vgl. auch den entsprechenden Bericht zur Sitzung, in: ACDP 03-013-343/2.

¹⁶³ Vgl. Rundfunkvortrag vom 28. Januar 1948, in: ACDP, Bestand Kreisverband Berlin-Mitte 02-101-030; vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 419.

¹⁶⁴ Vgl. ‚CDU beim Volkskongress‘, in: Neue Zeit vom 13. Februar 1948.

der CDU sei, Fehlentwicklungen zu verhindern.¹⁶⁵ In diesem Sinne bemühte sich Hickmann auf dem Volkskongress darum, im Sinne des Beschlusses vom 12. Februar zu handeln.¹⁶⁶ Auch in einer Erklärung der CDU zur Schaffung des Deutschen Volksrates im März wurde dessen quasiparlamentarische Funktion bestritten und als Ziel weiterhin die Einberufung einer verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung gefordert.¹⁶⁷

Vor diesem Hintergrund fällt bei der Sichtung der Protokolle der Sitzungen der Landesvorsitzenden und des Koordinationsausschusses auf, dass Hickmann sich ebenfalls ab März 1948 immer mehr zurückzog und stattdessen Dertinger und Nuschke, die ja eigentlich nur eine geschäftsführende Funktion innehatten, die Berichterstattung übernahmen und teilweise sogar direkt mit der SMAD verhandelten.¹⁶⁸ Die Gründe dafür bleiben unklar. Es ist nicht auszuschließen, dass dem mittlerweile 70-jährigen Hickmann die Mehrfachbelastung als Landesvorsitzender, Vizepräsident des Sächsischen Landtages und Vorsitzender der Landtagsfraktion in Dresden sowie als amtierender Zonenvorsitzender in Berlin zu schaffen machte, zumal die politische Lage in der SBZ seit dem Frühjahr 1948 massiven Veränderungen unterworfen war.¹⁶⁹ Die Verschärfung der sowjetischen Deutschlandpolitik im Zuge der Etablierung der „Zwei-Lager-Theorie“¹⁷⁰ sowie die damit einhergehende Transformation der SED zu einer marxistisch-leninistischen ‚Partei neuen Typus‘ zog nicht nur die Ausschaltung der noch verbliebenen überzeugten Sozialdemokraten in der SED nach sich,¹⁷¹ sondern führte auch in den bürgerlichen Parteien zu massiven Säuberungsaktionen und weitgehenden Eingriffen in das Parteileben zugunsten von ‚fortschrittlich‘ gesinnten Parteimitgliedern.¹⁷² Außerdem wurden mit Unterstützung der SED zwei weitere Parteien gegründet,

¹⁶⁵ Vgl. Schreiben von Hickmann an den Leipziger CDU-Vorsitzenden Carl Günter Ruland vom 20. Februar 1948, in: ACDP 03-035-073. Vgl. auch BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 434.

¹⁶⁶ Vgl. seine Ausführungen zur Eröffnung des Volkskongresses am 18. März 1948: ‚CDU und Volksrat‘, in: Union teilt mit vom April 1948, S. 1 f.

¹⁶⁷ Vgl. Erklärung der Christlich-Demokratischen Union zum Deutschen Volksrat vom 17. März 1948, in: ACDP 07-011-1244.

¹⁶⁸ Vgl. die entsprechenden Protokolle, in: ACDP 07-011-2037. Vgl. insbesondere das Protokoll der 6. Sitzung am 16. März 1948, in der sich Hickmann beschwerte, dass Nuschke eine Besprechung mit Tjulpanow gehabt habe, ohne die Vorsitzenden darüber im Vorfeld zu unterrichten.

¹⁶⁹ Die Sorge, dass die Doppelbelastung auf Kosten der Arbeit im Landesverband und der Landtagsfraktion gehen würde, wurde bereits sehr früh geäußert, vgl. Schreiben von Pfarrer Ernst Günter Haß an Hickmann vom 27. Dezember 1947, in: ACDP 03-035-072.

¹⁷⁰ Vgl. GERHARD WETTIG, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955*, München 1999, S. 120.

¹⁷¹ Vgl. SCHMEITZNER/DONTH, *Partei* (wie Anm. 36), S. 358–376; ANDREAS MALYCHA/PETER JOCHEN WINTERS, *Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 1010), Bonn 2009, S. 60–71.

¹⁷² Vgl. RICHTER, *Ost-CDU* (wie Anm. 118), S. 88–91; BAUS, *Union* (wie Anm. 6), S. 421–427.

die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), die die Aufgabe hatten, CDU und LDP Konkurrenz zu machen und sie so zu schwächen.¹⁷³ Hinzu kam, dass Stalin die sowjetische Politik zunehmend darauf ausrichtete, die SBZ zu einem eigenen Staat zu entwickeln, in dem die SED die führende Rolle einnehmen sollte.¹⁷⁴

Aus Sicht der SMAD war Otto Nuschke mit seinen prosovjetischen Positionen der geeignete Kandidat für den Posten des Zonenvorsitzenden.¹⁷⁵ Dabei war sich Hickmann des geringen Ansehens Nuschkes in Teilen der Basis bewusst.¹⁷⁶ Noch kurz vor dem Parteitag selbst, der vom 18. bis 20. September 1948 in Erfurt stattfand,¹⁷⁷ versuchte man mittels einer sächsischen Initiative ein Direktorium aus vier gleichberechtigten Vorsitzenden zu schaffen, darunter Nuschke und Hickmann. Dieser Versuch, Hickmann als eine Art Gegengewicht zu Nuschke zu installieren, scheiterte am Veto der SMAD,¹⁷⁸ die über Beeinflussung und Druck, insbesondere auf Pfarrer Ludwig Kirsch, der in diesem Zusammenhang offenbar eine wichtige Rolle spielte,¹⁷⁹ Nuschke zum neuen ersten Vorsitzenden wählen ließ. Hickmann erlangte jedoch mit 228 Stimmen das beste Ergebnis unter den vier Vorsitzenden des Zonenverbandes, ein Beleg dafür, wie hoch sein Ansehen in der Gesamtpartei nach wie vor war.¹⁸⁰

Auch auf dem Feld der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, wo Hickmann die CDU der SBZ weiterhin zusammen mit Kaiser und Lemmer vertrat, musste er sich behaupten. Auf der Sitzung am 27./28. Dezember 1947 in Berlin wurden noch alle drei als Vertreter ausdrücklich anerkannt und ihnen das *volle Vertrauen der Gesamtunion* ausgesprochen.¹⁸¹ Bereits auf der Kölner Vorstandssitzung der Arbeitsgemeinschaft am 3./4. Februar 1948 wurde allerdings klar die Erwartung

¹⁷³ Vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 102-105; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 442-446.

¹⁷⁴ Vgl. GERHARD WETTIG, Die Gründung der DDR vor dem Hintergrund von Stalins Deutschlandpolitik, in: Heiner Timmermann (Hg.), Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen 93), Berlin 2001, S. 119-137, hier S. 130-133.

¹⁷⁵ Vgl. BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 450.

¹⁷⁶ Vgl. Schreiben des Görlitzer Bürgermeisters Fritz Seichter an Hickmann vom 3. März 1948, in: ACDP 03-035-073.

¹⁷⁷ Vgl. Stenographisches Protokoll des 3. Parteitages der CDU am 18./19. September 1948 in Erfurt, in: ACDP 07-011-1899. Vgl. auch RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 119-126; BAUS, Union (wie Anm. 6), S. 451-455.

¹⁷⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des engeren Landesvorstandes der CDU Brandenburg am 22. September 1948, in: ACDP, Bestand Landesverband Brandenburg 03-033-001. Vgl. auch die Aussage von Maria Eichelbaum auf der Tagung des ACDP ‚Die CDU in der SBZ 1946–1948‘ im Kloster Walberberg am 22./23. November 1982, S. 341, in: ACDP 12-001-0827/5.

¹⁷⁹ Vgl. den Tagebucheintrag von Ludwig Kirsch vom 18. September 1948, in: HStA Dresden, 13795, Nr. 3.

¹⁸⁰ Vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 122.

¹⁸¹ Vgl. Gemeinsame Erklärung der CDU/CSU Deutschlands, in: KAFF, Unionsparteien (wie Anm. 99), S. 196 f.

ausgesprochen, dass Hickmann als momentan geschäftsführendes Vorstandsmitglied die Aufgabe habe, *die CDU in der Ostzone auf der politischen Grundlage zu halten, die die Gesamtunion als verpflichtend ansieht*.¹⁸² Hingegen drohte die Lage auf der Vorstandssitzung in Frankfurt am 26. April zu kippen. Gemäß einem Bericht Konrad Adenauers forderte Kaiser, die Ostzone als nicht mehr zur CDU gehörig zu betrachten. Hickmann betonte, dass man zwar unter einem starken Druck seitens der Besatzungsmacht stehe, eine Aufgabe der CDU der SBZ aber nicht infrage komme. Damit würde man späterer nationalistischer Agitation das Feld öffnen und man müsse berücksichtigen, dass die CDU der SBZ weiterhin, wenn auch in beschränktem Maße, nach den CDU-Prinzipien handeln könne. Eine Auflösung komme nicht infrage, weil sonst nur das Personal an der Spitze durch die Sowjets ausgetauscht werden würde, was auch Kaiser und Lemmer zugestehen mussten. Hickmann wies aber auch ausdrücklich darauf hin, *daß der Augenblick kommen werde, wo die an der Spitze stehenden Männer erklären müßten, diese Arbeit nicht weiter mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können*.¹⁸³ Kaiser konnte sich mit seinen weitreichenden Forderungen nicht durchsetzen. Jedoch machten die Unionsparteien der Westzonen im Kommuniqué deutlich, dass sie den Volkskongress als undemokratisch ablehnten und gleichzeitig von der CDU in der SBZ erwarteten, *daß sie den Kampf für Christentum, Demokratie und persönliche Freiheit getreu den Unionsideen fortsetzt*.¹⁸⁴ Das bereits gestörte Verhältnis zu Kaiser scheint jedoch infolgedessen weiter gelitten zu haben, wie dessen scharfe Kritik gegenüber Hickmann bezüglich der Berichterstattung über den Verlauf der Vorstandssitzung verdeutlicht.¹⁸⁵ Auch hier ist jedoch auffallend, dass Hickmann an keinen weiteren Sitzungen mehr teilnahm. Erst nach dem Amtsantritt Nuschkes beschloss der Vorstand am 21. September 1948 in Königswinter, nicht mit der in Erfurt gewählten Parteileitung zusammenzuarbeiten. Stattdessen wurde Jakob Kaiser als rechtmäßiger Repräsentant der CDU der SBZ anerkannt.¹⁸⁶

¹⁸² Vgl. Kommuniqué, in: ebd., S. 202 f.

¹⁸³ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone am 19. und 20. Mai 1948 in Bad Meinberg/Lippe, in: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1975, Nr. 20, S. 493 f. Vgl. auch ‚Der ‚Dolchstoß‘, in: Der Tag vom 14. Mai 1948, sowie: Beitrag zu Hugo Hickmann, in: Volkmar Hänel, Materialsammlung zur Geschichte des Landesverbandes Sachsen der Christlich-Demokratischen Union 1945–1952, S. 5 f., in: ACDP 03-053-055/1.

¹⁸⁴ Vgl. Kommuniqué, in: KAFF, Unionsparteien (wie Anm. 99), S. 206 f. Vgl. auch RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 74 f.

¹⁸⁵ Vgl. Schreiben von Kaiser an Hickmann vom 15. Mai 1948, in: KAFF, Unionsparteien (wie Anm. 99), S. 208–210. Vgl. dazu ‚Dolchstoß‘ und Giftpfeile, in: Neue Zeit vom 15. Mai 1948. Kaisers Ansehen scheint jedoch infolge der Frankfurter Sitzung auch an der Basis der CDU gelitten zu haben, vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 75, Anm. 91. Vgl. auch: Schreiben von Hickmann an Adenauer vom 16. September 1948, in: ACDP 03-035-072.

¹⁸⁶ Vgl. Kommuniqué, in: KAFF, Unionsparteien (wie Anm. 99), S. 250 f.

Hickmanns kurze Amtszeit als amtierender Vorsitzender der CDU der SBZ muss für ihn letztlich ernüchternd gewesen sein. Ab März/April 1948 konzentrierte er sich daher zunehmend auf Sachsen. Es ist jedoch nicht einfach festzustellen, ob die für die Basis undurchsichtigen Vorgänge um die Absetzung Kaisers und die Zustimmung der CDU zum Volkskongress Hickmanns Ansehen im Landesverband beeinträchtigten. Zwar gibt es Berichte, die Kritik an Hickmanns Politik der relativen Zugeständnisse übten, es wird aber auch deutlich, dass ein klarer Unterschied zwischen Hickmann auf der einen sowie Dertinger und Nuschke auf der anderen Seite gemacht wurde.¹⁸⁷ Dennoch blieben seine Positionen nicht unwidersprochen. Auf einer Tagung am 1. Februar 1948 musste er sich etwa diversen kritischen Zwischenrufen stellen. Da sich die Stimmung ganz offensichtlich stark zugunsten Kaisers entwickelte, machte er sein Festhalten am früheren Vorsitzenden und dessen politischer Linie deutlich, die er unter die Kurzformel *Im Reich: Kaiser, in der Zone Lemmer* stellte. Dies trug ihm am Ende dennoch großen Beifall ein.¹⁸⁸ An diesem Beispiel wird deutlich, dass Hickmanns Fähigkeiten zur Einschätzung von Stimmungen und sein rhetorisches Talent ihm in dieser schwierigen Phase sehr zugute kamen.¹⁸⁹ Die Schuld an der zunehmenden Entfremdung von Kaiser sah der sächsische Landesvorsitzende jedoch bei allem Bedauern über die Umstände bei diesem selbst. Hickmanns Positionen bezüglich der Zusammenarbeit mit der SMAD und der Beschränkung der Aufgaben des Volkskongresses blieben jedoch unverändert. Große Hoffnungen setzte er in die ursprünglich für 1948 angesetzten Wahlen, die jedoch von den Sowjets verschoben wurden.¹⁹⁰ All diese genannten Informationen stammten jedoch aus dem Archivbestand der Exil-CDU, mithin also aus Berichten von Anhängern Kaisers in der SBZ, die diesem zugeleitet worden waren. Da kaum Protokolle von Landesvorstandssitzungen zwischen Mitte Januar 1948 und Dezember 1949 überliefert sind und wir auch keine unabhängigen Berichte kennen, stellt sich die quellenkritische Frage, inwieweit diese Aussagen überhaupt repräsentativ sind.

Mit Bezug auf den Landesparteitag vom 4. bis 6. Juni 1948 in Dresden schien sich jedoch bereits seit Mitte April insbesondere unter Anleitung des Vorsitzenden des Kreisverbandes Grimma-Wurzen, Otto Moschütz, eine *Opposition gegen die neue politische Richtung des Landesverbandes* auszubilden.¹⁹¹ So ist auch Hick-

¹⁸⁷ Vgl. Bericht aus Sachsen vom 27. Januar 1948, in: ACDP 03-013-343/2.

¹⁸⁸ Zusammenfassung einer Rede Hickmanns auf der kommunalpolitischen Bezirkstagung in Freital am 1. Februar 1948, in: ACDP 03-013-343/2.

¹⁸⁹ Vgl. auch Bericht eines Mitarbeiters des Kreisverbandes Dresden vom 30. Januar 1948, in: ACDP 03-013-343/2.

¹⁹⁰ Vgl. Notizen von der Zusammenkunft der Kreisverbandsvorsitzenden in Dresden am 14. Mai 1948, in: ACDP 03-013-343/2.

¹⁹¹ Vgl. Bericht von Otto Moschütz über Vorgänge im Landesverband Sachsen, in: ACDP 03-013-343/2. Vgl. auch die Abschrift einer Aufzeichnung zur Kommandanturbesprechung mit Otto Moschütz am 8. Juli 1948, in: ACDP 03-013-668/3. Ein mit *Dr. Marx* gezeichneter undatierter Bericht aus der gleichen Akte besagt, dass führende Mitglieder *an der Vorbereitung einer erträglichen Landesvorstandswahl* gearbeitet hätten. Vgl. auch DONTN, Vertriebene (wie Anm. 52), S. 316.

mann bei seinem Referat teilweise eine kritische Stimmung des Parteitags entgegenschlagen, soweit es aus den entsprechenden westlichen Zeitungsberichten zu ersehen ist.¹⁹² Dennoch wurde er mit recht großer Mehrheit wiedergewählt, was darauf schließen lässt, dass der überwiegende Teil der Delegierten das Grundvertrauen zu Hickmann nicht verloren hatte.¹⁹³ Bei der Wahl seiner Stellvertreter gibt es unterschiedliche Bewertungen zu den Abläufen. Bei einer 1982 von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Tagung mit Zeitzeugen behauptete der damalige Leiter des CDU-Deutschlandbüros, Alfred Krause,¹⁹⁴ dass der Vorsitzende des Kreisverbandes Dresden, Rudolf Schmidt, gegen Hickmann angetreten und auch gewählt worden sei, was erst die Besatzungsmacht korrigiert habe.¹⁹⁵ Einige Jahre später wiederholte er diese Aussagen, jedoch mit der Abänderung, dass es eine Absprache gegeben habe, wonach Hickmann wegen nachlässiger politischer Haltung einen ‚Denkzettel‘ bekommen sollte, und Schmidt dann verzichtet habe.¹⁹⁶ Anscheinend bezog sich Krause auf Aussagen Ernst Eichelbaums aus dem Jahr 1952, die auf einer Karteikarte der Exil-CDU für Schmidt vermerkt worden waren. Auf der gleichen Karteikarte finden sich jedoch andere Angaben, die dieser Fassung widersprechen. Martin Knabe, ehemals Geschäftsführer des Kreisverbandes Dresden-Land, sprach davon, dass Schmidt mit großer Mehrheit zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt worden sei, die Sowjets ihn aber nicht anerkannt hätten. Ein gewisser Paul Dittrich bezeichnete ihn als: *Unbedingter Hickmann-Anhänger*.¹⁹⁷

¹⁹² Vgl. ‚Leben in der Agonie?‘, in: Tagesspiegel vom 9. Juni 1948; ‚Dritter sächsischer Landesunionstag‘, in: Der Tag vom 10. Juni 1948. Zumindest scheint es bei kritischen Bemerkungen Hickmanns zu Kaiser zu Missstimmungen gekommen zu sein, vgl. Informationsbericht über die Landesunionstagung, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 1878.

¹⁹³ Der Bericht des Tagesspiegels bestätigt diese Auffassung durch eine recht ungewöhnliche Wortwahl, wonach es zu einer *durch Mangel an einem Ersatzmann und durch Überfluß an Pietät bedingten, keineswegs einstimmigen Wiederwahl Hickmanns* gekommen sei, vgl. ‚Leben in der Agonie?‘, in: Tagesspiegel vom 9. Juni 1948. Vgl. auch: Informationsbericht über die Landesunionstagung, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 1878, wonach Hickmann *mehr oder weniger eine Repräsentationsfigur darstelle*. Die Aussage von DONTH, Vertriebene (wie Anm. 52), S. 316, dass sich Hickmann nur aufgrund sowjetischen Drucks als Landesvorsitzender halten konnte, entbehrt einer belastbaren Grundlage. Ludwig Kirsch spricht etwas kryptisch davon, dass es *aufgeregte Wahlen* gegeben habe, betont aber, dass Hickmann immerhin mit 101 von 125 Stimmen wiedergewählt worden sei, vgl. Tagebucheintrag von Ludwig Kirsch vom 6. Juni 1948, in: HStA Dresden, 13795, Nr. 3.

¹⁹⁴ Zu den Aufgaben des CDU-Ost- beziehungsweise Deutschlandbüros vgl. OLIVER SALTEN, Die Exil-CDU – ein wenig beachteter Akteur im Kalten Krieg, in: Historisch-Politische Mitteilungen 26 (2019), S. 223-244, hier S. 231-233.

¹⁹⁵ Vgl. Wortprotokoll der Tagung des ACDP ‚Die CDU in der SBZ 1946–1948‘ im Kloster Walberberg am 22./23. November 1982, S. 231, in: ACDP 12-001-0827/5.

¹⁹⁶ Vgl. Wortprotokoll der Tagung des ACDP ‚Die CDU der SBZ/DDR 1948–1952‘ in Eichholz am 11./12.11.1987, S. 127, in: ACDP 12-001-0828/2.

¹⁹⁷ Vgl. Karteikarte zu Rudolf Schmidt, in: ACDP 03-013-731. Diese Aussagen dürfen Richter dazu veranlasst haben, die Angaben Krauses ohne nähere Hinweise zu korri-

Gerade den Angaben Knabes sollte einiges an Gewicht beigemessen werden, da er nach eigener Aussage *Wortführer der Opposition z. B. beim Landesparteitag 1948* gewesen sei.¹⁹⁸ Dies wird durch einen Bericht eines Beobachters der sächsischen SED an den eigenen Landesverband bestätigt. Nach der Wahl Hickmanns wurden die drei Stellvertreter einzeln und geheim gewählt. Dabei erhielt Schmidt gegenüber den beiden anderen Bewerbern Otto Freitag und Franz Jensch mit Abstand die meisten Stimmen. Schmidt erklärte anschließend jedoch, dass er die Wahl nicht annehme, woraufhin die Versammlung alle stellvertretenden Vorsitzenden auf einmal wählte. Schmidt trat zu dieser Wahl nicht mehr an. Der Berichterstatter bemerkt, dass es bei den Wahlen langwierige Geschäftsordnungsdebatten gegeben habe, *so dass der Eindruck entstand, man befindet sich in einer parlamentarischen Quasselbude*.¹⁹⁹ Das Verhältnis von Schmidt zu Hickmann scheint von dem Vorgang nicht betroffen gewesen zu sein. Als Schmidt offenbar infolge der Geschehnisse gezwungen wurde, als Kreisvorsitzender zurückzutreten, schaltete sich Hickmann zu dessen Gunsten ein.²⁰⁰ Vor diesem Hintergrund ist es überaus fraglich, ob sich die innerparteiliche Opposition gegen Hickmann richtete. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Moschütz, Knabe, Schmidt und weitere Delegierte versucht haben, ein Gegengewicht zu offen prosowjetischen Kräften im engeren Landesvorstand herzustellen. Neben Landesgeschäftsführer Hans Teubert muss man unter den stellvertretenden Landesvorsitzenden dazu möglicherweise auch Franz Jensch zählen,²⁰¹ zumal ein Spannungsverhältnis zwischen Jensch und Hickmann bestanden haben soll.²⁰² Sollte sich Schmidts Kandidatur also gegen Jensch gerichtet haben, der gemäß dem Bericht an die SED im ersten Wahlgang nur 19 Stimmen erhielt und auch im zweiten Wahlgang mit 72 Stimmen ein eher mäßiges Ergebnis erzielte,²⁰³ wäre der Gedanke überlegenswert, ob die ‚Oppo-

gieren, vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 85 f. Vgl. auch WIDERA, Dresden (wie Anm. 16), S. 371-379.

¹⁹⁸ Dennoch scheint in der Folgezeit keine Trübung des Verhältnisses zu Hickmann eingetreten zu sein, da dieser half, ein Ehrengerichtsverfahren gegen Knabe zu verhindern, und sich offenbar sehr für ihn einsetzte, wenn auch letztlich ohne Erfolg, vgl. Angaben über die Parteiarbeit von Martin Knabe vom 6. Mai 1951, in: ACDP 03-013-249/1; Schreiben von Hickmann an Knabe vom 4. Januar 1949, in: ACDP 03-035-074.

¹⁹⁹ Vgl. Abschrift eines Berichtes über den Landesparteitag der CDU vom 7. Juni 1948, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 1878. Vgl. auch: Informationsbericht über die Landesunionstagung, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 1878. Ein Pressebericht betonte, dass Schmidt seine Wahl wegen *Arbeitsüberlastung* nicht angenommen habe, was allerdings vor dem beschriebenen Hintergrund eher als Vorwand gedient haben dürfte, vgl. ‚Die Stimme des deutschen Gewissens‘, in: Die Union vom 9. Juni 1948.

²⁰⁰ Vgl. Schreiben von Schmidt an Hickmann vom 5. Juli 1948 sowie Schreiben von Hickmann an Schmidt vom 4. September 1948, in: ACDP, Personenbestände CDU der SBZ/DDR 01-297-009/5. Vgl. auch: RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 92 f.

²⁰¹ Vgl. Bericht zur Landesvorstandssitzung am 6. Februar 1948, wo sogar von einer *Firma Jensch/Teubert* die Rede ist, in: ACDP 03-013-343/2.

²⁰² Vgl. Karteikarte zu Franz Jensch, in: ACDP 03-013-795.

²⁰³ Vgl. Abschrift eines Berichtes über den Landesparteitag der CDU vom 7. Juni 1948, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 1878.

sition‘ vielleicht sogar beabsichtigte, Hickmanns Position gegenüber den Sowjets zu stärken.

Die Lage im Spätsommer 1948 kann für Hickmann nur wenig Grund zur Ermutigung gegeben haben. Spätestens mit dem Erfurter Parteitag und der Aufkündigung der Zusammenarbeit seitens der Union in den Westzonen dürfte er sich auch selbst die Frage gestellt haben, wie weit die Arbeit für die CDU der SBZ noch mit seinem Gewissen vereinbar war. Dass Hickmann dennoch an der Spitze des sächsischen Landesverbandes verblieb, ist wohl auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Zum einen dürfte, wie auch schon Ende 1947, der zumindest teilweise gegebene Schutz der Mitglieder durch die CDU eine Rolle gespielt haben. Die Eingriffe Hickmanns zugunsten von Knabe und Schmidt zeigen, dass er diese Aufgabe sehr ernst nahm. Ein zentraler Aspekt dürfte allerdings seine nach wie vor vorhandene Hoffnung gewesen sein, dass sich über Verhandlungen der Siegermächte und freie Wahlen mit gleichberechtigten Parteien in einem parlamentarisch-demokratischen System doch noch die deutsche Einheit herstellen ließe.²⁰⁴ Außerdem verweigerte der Landesverband hartnäckig die von den Sowjets forcierte Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.²⁰⁵

Anfang 1949 forcierten die Sowjets nochmals den Druck auf die CDU.²⁰⁶ Die Leitsätze, die der Landesvorstand am 18. Januar beschloss, und die sehr bald auch für die anderen Landesverbände verbindlich wurden, erklärten ausdrücklich eine *Friedenspolitik in aufrechter Zusammenarbeit mit der sowjetischen Großmacht* als verbindliche Politik für alle Mitglieder.²⁰⁷ Damit war letztendlich eine Grundlage dafür geschaffen, missliebige Kandidaten für Parteiämter frühzeitig auszuschalten sowie kritische Mitglieder auszuschließen und nur Personen zu unterstützen, die der Besatzungsmacht positiv gegenüberstanden.²⁰⁸ Hickmann versuchte, auch im Hinblick auf bei seinen Reden anwesende Angehörige der SMAS, die Leitsätze in einen engen Zusammenhang zu weiteren Schritten hin zur Herstellung der deutschen Einheit darzustellen.²⁰⁹ Um dieses Ziel voranzutreiben, sprach sich Hickmann immer deutlicher für eine komplette Neutralisierung Deutschlands auf

²⁰⁴ Vgl. Bericht über die öffentliche Versammlung am 4. November 1948 in Seiffen, in: ACDP 03-035-023.

²⁰⁵ Vgl. DONT, Vertriebene (wie Anm. 52), S. 316.

²⁰⁶ Vgl. DONT, Militäradministration (wie Anm. 36), S. 128.

²⁰⁷ Vgl. ‚Die Leitsätze des Landesverbandes Sachsen zur zielklaren Aktivierung der Parteiarbeit‘, in: Union teilt mit vom Februar 1949, S. 3. Vgl. auch ‚Sechs Leitsätze für die Arbeit der CDU‘ in: Die Union vom 8. Januar 1949 sowie ‚Die sechs Leitsätze‘ in: Die Union vom 12. Januar 1949.

²⁰⁸ Vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 173. Auf einer Kreisgeschäftsführerbesprechung am 28. Juni 1949 erging eine Empfehlung des Landesverbandes, dass diejenigen, die den Kurs der Zonenleitung nicht anerkennen könnten, im Interesse einer klaren Unionspolitik auf ihre Parteiämter verzichten sollten, vgl. Protokoll der Sitzung des Politischen Arbeitskreises des Kreisverbandes Chemnitz-Land am 2. Juli 1949, in: ACDP 01-297-002/4.

²⁰⁹ Vgl. Niederschrift der erweiterten Kreisvorstandssitzung der CDU Dippoldiswalde am 26. Februar 1949, in: ACDP 03-035-018.

pazifistischer Basis als letztendliche Konsequenz aus.²¹⁰ Als er dann auch noch am 30. März 1949 die SED als undemokratische Partei bezeichnete und in einen Gegensatz zum Einsatz der CDU für die Verständigung zwischen Ost und West stellte,²¹¹ war für die Sowjets das Maß voll. Die Zeitung des Landesverbandes ‚Die Union‘ wurde aufgefordert, einen Beitrag des prosowjetischen CDU-Bürgermeisters von Schwarzenberg Magnus Dedek zu drucken, in der Hickmanns neutralistische Ideen scharf attackiert wurden.²¹² Der Redaktion gelang es jedoch, mittels einer Anmerkung deutlich zu machen, dass der Druck des Artikels auf höhere Anweisung zurückgehe und nicht die Meinung des Landesverbandes widerspiegele. Falls die Sowjets sich erhofft hatten, mit diesem Beitrag einen Spalt in die CDU Sachsen treiben zu können, scheiterten sie auf ganzer Linie. Im Gegenteil erhielt Hickmann aus ganz Sachsen Zuschriften, in denen sich das Vertrauen in seine Führung ausdrückte.²¹³ Am 24. Mai sprach auch der geschäftsführende Landesvorstand seinem Vorsitzenden das Vertrauen aus und wies die Vorwürfe von Dedek klar zurück.²¹⁴ Zwar äußerte sich die Besatzungsmacht nun selbst in ihrer Zeitung ‚Tägliche Rundschau‘, wobei Hickmann und anderen eine *zweideutige und unklare Haltung* vorgeworfen wurde. Mitglieder von CDU und LDP hätten schon gefordert, *mit dem Doppelspiel einzelner leitender Persönlichkeiten Schluß zu machen und an ihre Stelle Vertreter zu wählen, deren Worte nicht im Widerspruch stehen zu ihren Taten*. Damit war diese Aktion aber auch vorerst beendet.²¹⁵ Es ist durchaus möglich, dass die nach den Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongress am 15. und 16. Mai 1949, die nur aus der Abstimmung über eine Einheitsliste bestanden, einsetzenden Eingriffe der SMAS bei Kreisverbänden der CDU mit diesen Vorgängen im Zusammenhang standen.²¹⁶

Mit öffentlicher Kritik an der Gründung der Bundesrepublik scheint sich Hickmann größtenteils zurückgehalten zu haben. Im September 1949 bezeichnete er den westdeutschen Staat zwar als *politische Mißgeburt*, schränkte die Kritik aber soweit ein, dass er sie nur auf die geografischen und wirtschaftlichen Rah-

²¹⁰ Vgl. den Vortrag von Hugo Hickmann auf der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am 21. März 1949, in: ACDP 03-035-101. Vgl. auch ‚Neutralität und Friede‘, in: Neue Zeit vom 29. März 1949.

²¹¹ Vgl. DONTH, Militäradministration (wie Anm. 36), S. 128.

²¹² Vgl. MAGNUS DEDEK, ‚Neutralität‘, in: Die Union vom 7. Mai 1949. Der Artikel wurde in der sächsischen SED-Presse zustimmend kommentiert, vgl. ‚Klares Bekenntnis zum Frieden‘, in: Leipziger Volkszeitung vom 8. Mai 1949 sowie textlich identisch: ‚Neutralität‘ hilft den Kriegstreibern‘, in: Volksstimme vom 9. Mai 1949. Zu diesem Vorgang vgl. auch RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 173 f.

²¹³ Vgl. die Sammlung von über 50 Schreiben an Hickmann, in: ACDP 01-297-003/1. Darin finden sich auch Rückmeldungen aus dem Kreisverband Aue, die hart mit Dedeks Aussagen ins Gericht gingen.

²¹⁴ Vgl. Entschließung des geschäftsführenden Landesvorstandes auf der Sitzung am 24. Mai 1949, in: ACDP 03-035-212.

²¹⁵ Vgl. S. THUN, ‚Das Ergebnis der Wahlen zum Dritten Volkskongress‘, in: Tägliche Rundschau vom 29. Mai 1949.

²¹⁶ Vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 174 f.; DONTH, Militäradministration (wie Anm. 36), S. 129 f.

menbedingungen bezog, aber nicht auf das politische System.²¹⁷ Er hoffte vielmehr, dass der neue Staat ein Provisorium bliebe und betonte, dass in der SBZ Neuwahlen und Schritte zur Neutralisierung Deutschlands erfolgen müssten, jedoch nicht die Errichtung eines separaten Staates.²¹⁸ Persönliche Angriffe, auch gegen westdeutsche Politiker, lehnte er generell ab.²¹⁹ Außerdem hoffte er auf den Einfluss entsprechend orientierter Kreise in der Bundesrepublik. Anfang September 1949 besuchte der Würzburger Historiker Ulrich Noack, Gründer des neutralistischen Nauheimer Kreises, die SBZ und nahm an diversen Veranstaltungen teil, unter anderem an einer Kundgebung des Deutschen Volksrates in Leipzig zusammen mit Otto Nuschke. Dabei kam es auch zu einer Zusammenkunft mit Hickmann und dem CDU-Landesvorstand.²²⁰

Die Gründung der DDR war zu diesem Zeitpunkt allerdings längst beschlossene Sache, ebenso die Verschiebung der Wahlen auf das Jahr 1950.²²¹ Nachdem Nuschke und Dertinger am 30. September 1949 von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl darüber informiert worden waren,²²² fand am 4. Oktober eine weitere Besprechung mit Grotewohl statt, an der nun auch Lobedanz und Hickmann teilnahmen. Auch wenn Hickmann nicht namentlich genannt wird, scheinen die vorgebrachten Bedenken gegen die staatsrechtliche Legitimität des Volksratsbeschlusses zur Umwandlung des Volksrates in die provisorische Volkskammer und die Inkraftsetzung der Verfassung von ihm zu stammen. Stattdessen wurde vorgeschlagen, die Landtage der SBZ zu einer Volksvertretung zusammenzuziehen und dieser dann den Auftrag zur Bildung einer provisorischen Regierung zu geben. Dieses Ansinnen lehnte Grotewohl jedoch ab.²²³ Auf der Sitzung des CDU-

²¹⁷ Vgl. ‚Westdeutscher Staat eine politische Mißgeburt‘, in: Neue Zeit vom 2. September 1949.

²¹⁸ Vgl. ‚Die CDU im Ringen um Deutschland‘, in: Die Union vom 17. September 1949.

²¹⁹ Vgl. Bericht der Abteilung Massenagitation über ein Referat von Hickmann in einer öffentlichen Versammlung der CDU in Roßwein am 22. September 1949, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (im Folgenden: SAPMO-BA), Bestand SED, DY 30/95357, Bl. 15.

²²⁰ Vgl. ‚Gast aus dem Westen‘, in: Die Union vom 7. September 1949; ‚Professor Noack besuchte die Ostzone‘, in: Union teilt mit vom September 1949. In einem Interview stellte er sich ausdrücklich hinter die Auffassung Hickmanns, in der CDU eine Klammer zwischen Ost- und Westdeutschland zu sehen, vgl. ‚Deutschland darf keine Todeszone werden‘, in: Die Union vom 7. September 1949. Vgl. allgemein dazu RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 190, der allerdings fälschlicherweise davon ausgeht, dass die Einladung an Noack von Hickmann ausgegangen sei. Vgl. auch MICHAEL LEMKE, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961 (Zeithistorische Studien 17), Köln/Weimar/Wien 2001, S. 157 f.

²²¹ Vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 191 f.; MONIKA KAISER, Die Verfassung der Ostzone. Die konstitutionelle Frage 1949/50, in: Jürgen Elvert/Friederike Krüger (Hg.), Deutschland 1949–1989. Von der Zweistaatlichkeit zur Einheit (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beiheft 49), Wiesbaden 2003, S. 66–77, hier S. 73 f.

²²² Vgl. Aktennotiz über eine Besprechung von Nuschke, Dertinger, Pieck und Grotewohl am 30. September 1949, in: ACDP 07-011-2037, Bl. 495–497.

²²³ Vgl. Aktennotiz über eine Besprechung von Hickmann, Lobedanz und Dertinger mit Grotewohl am 4. Oktober 1949, in: ACDP 07-011-2037, Bl. 499–502.

Hauptvorstandes am folgenden Tag wiederholte Hickmann sein Ansinnen, eine provisorische Volkskammer aus den Landtagen sowie anschließend eine Regierung zu bilden, die Verfassung in Kraft zu setzen und einen Termin für die Wahlen zur Volkskammer und den Landtagen festzusetzen. Die schließlich einstimmig beschlossene Entschließung war nichts anderes als eine Kompromissformel, die die strittigen Punkte ausklammerte.²²⁴

Hickmann hielt jedoch mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit an seinen Überzeugungen fest. Am gleichen Tag fand die entscheidende gemeinsame Sitzung des Zentralausschusses des Demokratischen Blocks, dem Hickmann nach wie vor als Delegierter angehörte, mit dem Präsidium des Volksrates statt. Auf diese Weise war es möglich, die eigentlich vorgeschriebene Einstimmigkeit für Beschlüsse des Blocks zu umgehen und Kritiker wie Hickmann kaltzustellen.²²⁵ Auf der Sitzung bezweifelte er die Möglichkeit, die Wahlperiode der Landtage einfach zu verlängern. Dies sei nur möglich, wenn die SMAD eine Zwangslage erklären würde, sodass die Wahl zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich sei.²²⁶ Damit hätte die Sowjetunion die Verantwortung für die Abhaltung der Wahlen und letztlich auch für die damit verbundene Gründung der DDR übernommen, was nicht im Interesse der SED liegen konnte.²²⁷ Entsprechend deutlich wurde Hickmann widersprochen. Der Weg zur Gründung der DDR war damit frei.

V. Erzwungener Rücktritt und Ende (1949–1955)

Obwohl Hickmann, der zum Vizepräsidenten der provisorischen Volkskammer gewählt worden war, wusste, dass die zentralen Entscheidungen zur Errichtung der DDR in Moskau gefallen waren, hielt er dennoch trotz diverser Bedenken an seinem Kurs der Mitarbeit fest.²²⁸ Essenziell blieben für ihn die zugesagten freien

²²⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes am 5. Oktober 1949, in: ACDP 07-011-2037, Bl. 508-511.

²²⁵ Vgl. THERESIA BAUER, Krise und Wandel der Blockpolitik und Parteineugründungen 1948, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozess der Gründung der DDR (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2000, S. 65-83, hier S. 81.

²²⁶ Vgl. die Dokumente zur gemeinsamen Sitzung des Präsidiums des Volksrates und des Demokratischen Blocks am 5. Oktober 1949, in: SIEGFRIED SUCKUT, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition (Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR 3), Köln 1986, S. 509-531. Vgl. auch DERS., Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), S. 125-175, hier S. 132-136; SCHRIEFL, Versammlung (wie Anm. 36), S. 218 f.

²²⁷ Vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 194.

²²⁸ Vgl. Schreiben von Hickmann an Hellmut Meier vom 18. November 1949, in: ACDP 01-297-009/7.

Wahlen und die Möglichkeit einer Beteiligung der CDU daran.²²⁹ Auf der Landesvorstandssitzung am 17. Oktober versuchte Hickmann die schwerwiegende Verschiebung der Wahlen mit der neuen Lage zu rechtfertigen, die durch die Gründung der Bundesrepublik entstanden sei. Die DDR werde jedoch *endgültig nur durch parlamentarische Wahlen errichtet*. Da der neue Staat nur eine Gebietshoheit für die frühere SBZ in Anspruch nehme, stünde nach Abhaltung der Wahlen einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik zur Wiederherstellung der deutschen Einheit nichts im Wege. Zudem erwartete Hickmann, dass Georg Dertinger als neuer Außenminister im Sinne einer Neutralitätspolitik handeln würde.²³⁰ Ein grundlegendes Misstrauen gegenüber der SED sei dennoch vorhanden, aber gerade deswegen dürfe man das Feld nicht räumen. Wenn die Einheit rechtzeitig käme, könne die SED ihr Fernziel einer kommunistischen Gesellschaft nicht mehr erreichen.²³¹

Auch auf dem am 12. und 13. November 1949 abgehaltenen 4. Parteitag der CDU in Leipzig äußerte sich Hickmann klar dahingehend, dass insbesondere die Verschiebung der Wahlen eine Missstimmung ausgelöst und die Herrschaft der SED um ein Jahr verlängert hätten. Umso mehr käme es nun auf eine loyale Blockpolitik seitens der SED an und dass sich nach Ablauf des einen Jahres alles planmäßig vollziehe. Man dürfe dem Westen keinen Vorwand bieten, nicht als gleichberechtigte Partner an Gesprächen zwischen Ost und West teilzunehmen. Das Ziel sei eine einheitliche deutsche demokratische Republik auf der Basis der Wahl zu einer Nationalversammlung.²³²

Im Laufe des November 1949 änderte sich jedoch das Verhalten der SED gegenüber Hickmann deutlich. Dies dürfte zum einen mit Hickmanns wiederholtem Insistieren auf freie Wahlen zusammenhängen. Das schwache Abschneiden der KPD bei den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag im September hatte der SED jedoch gezeigt, dass wirklich freie Wahlen ein unkalkulierbares Risiko für

²²⁹ Vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 203. Offenbar wurde im Vorfeld der Staatsgründung die Alternative Wahlen im Jahr 1949 mit Einheitsliste oder Verschiebung der Wahlen auf 1950 anheimgestellt, vgl. Redemanskript von Helmut Schönfeld, in: ACDP, Personenbestände CDU in der SBZ/DDR 01-297-001/1; Schreiben des Kreisverbandes Dresden-Land an alle Ortsgruppen vom 19. Oktober 1949, in: BA Koblenz N 1018/8, Bl. 363.

²³⁰ Dertinger hatte sich bereits 1948 in diesem Sinne vor dem Deutschen Volksrat geäußert, vgl. ‚Ungeteilte Neutralität‘, in: Union teilt mit vom November 1948, S. 4 f. Zudem hatte der Hauptvorstand bereits im Mai einen entsprechenden Beschluss gefasst, vgl. Entschließung des erweiterten Hauptvorstandes vom 25. Mai 1949, in: ACDP 07-011-2037, Bl. 475 f.

²³¹ Vgl. Redemanskript von Helmut Schönfeld, in: ACDP 01-297-001/1; ‚Die CDU zur politischen Lage‘, in: Die Union vom 19. Oktober 1949. Vgl. auch die Ausführungen Hickmanns auf einer Tagung der Kreisvorsitzenden und Kreissekretäre am 9. Oktober 1949 in Berlin, in: BA Koblenz N 1018/8, Bl. 102.

²³² Vgl. Protokoll des 4. Parteitages der CDU, in: ACDP 07-011-1907, Bl. 26-29. Zum 4. Parteitag vgl. auch RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 208-212.

ihren Machtanspruch darstellten.²³³ Zum anderen spielte vielleicht auch eine Rolle, dass die SED-Parteizentrale erst im Laufe des November Kenntnis von öffentlichen Versammlungen im September 1949 erlangte, auf denen Hickmann sich scharf gegen die Politik der Einheitspartei gewandt hatte.²³⁴ Es ist zudem nicht auszuschließen, dass auch Hickmanns fortgesetzte öffentliche Ablehnung der Oder-Neiße-Linie hierbei relevant gewesen sein könnte.²³⁵

Quasi einen letzten Warnschuss setzte im November 1949 der paritätische Erste Sekretär der SED Sachsen persönlich, Erich Mückenberger. Im Zentralorgan des SED-Landesverbandes, der ‚Sächsischen Zeitung‘, griff er Hickmanns Aussagen in einer Rede scharf an, die dieser bei einer Versammlung in Neukirchen im Erzgebirge am 5. November gehalten hatte.²³⁶ In dem Artikel wurde sehr deutlich, dass weitere Aussagen dieser Art durch Hickmann unweigerlich Konsequenzen nach sich ziehen würden. Auf dem SED-Landesparteitag im Dezember 1949 warf der zum alleinigen Ersten Landessekretär beförderte Ernst Lohagen Hickmann und anderen bürgerlichen Politikern vor, dass sie *alle reaktionären Kräfte, die in unserer Republik verblieben sind*, um sich scharten. Er drohte damit, dass sich die *reaktionären Kräfte* der CDU aufgrund ihrer Landtagsmandate nicht mehr sicher fühlen könnten.²³⁷ Dennoch blieb Hickmann bei seiner Linie. Auf der gemeinsamen Sitzung des Landesvorstandes mit der Landtagsfraktion am 6. Januar 1950 forderte er trotz Anwesenheit eines sowjetischen Offiziers erneut die Entwicklung eines *aktiven christlichen Pazifismus*. Weiterhin lehnte er eine frühzeitige Festlegung auf die Oder-Neiße-Grenze vor Abschluss eines Friedensvertrages ab und bestand auf der Bildung einer Nationalversammlung durch freie Wahlen in Ost und West. Außerdem prangerte er den Machtmissbrauch der SED an, insbesondere bezüglich der Einschränkungen der Gleichberechtigung der Blockparteien und dem Versuch, Spaltungstendenzen in die CDU zu tragen. Zudem forderte er, dass Werbung für die Freundschaft mit der Sowjetunion nicht gleichgesetzt werden dürfe mit Propaganda für den Kommunismus in Deutschland.²³⁸

²³³ Vgl. LEMKE, Einheit (wie Anm. 220), S. 115 f.

²³⁴ Vgl. Protokolle von Referaten Hugo Hickmanns auf Versammlungen in Chemnitz am 27. September 1949 und in Roßwein am 22. September 1949, in: SAPMO-BA DY 30/95357, Bl. 11-15.

²³⁵ Vgl. DONT, Vertriebene (wie Anm. 52), S. 378 mit Anm. 1694.

²³⁶ ERICH MÜCKENBERGER, ‚So geht es nicht, Herr Professor!‘, in: Sächsische Zeitung vom 18. November 1949. Vgl. dazu auch ‚So geht es nicht‘, in: Die Union vom 23. November 1949.

²³⁷ Zit. nach SCHMEITZNER/DONT, Partei (wie Anm. 36), S. 421 f.

²³⁸ Vgl. Niederschrift der gemeinsamen Sitzung der Landtagsfraktion und des geschäftsführenden Landesvorstandes am 6. Januar 1950, in: ACDP 03-035-001. Vgl. auch ‚Für ein Halbjahrhundert des Friedens‘, in: Die Union vom 11. Januar 1950; ‚Alles für Einheit und Frieden!‘, in: Neue Zeit vom 13. Januar 1950. Die von RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 222 angegebenen positiven Aussagen Hickmanns über die Bundesrepublik und Adenauer, die er am 6. Januar getätigt haben soll, lassen sich nicht im Protokoll finden. Es ist eher anzunehmen, dass die diesen Aussagen zugrunde gelegte Sekundärquelle fehlerhaft zitiert worden ist, vgl. SIEGFRIED SACHER, Die Entwicklung der Blockpolitik in Sachsen in der Zeit der Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht

Hickmann hatte damit seine essenziellen Voraussetzungen für die weitere Mitarbeit im Block deutlich gemacht. Ob er tatsächlich daran glaubte, dass sich Sowjets und SED darauf einlassen würden, sei dahingestellt.

Am 14. Januar meldete sich Walter Ulbricht in dieser Angelegenheit persönlich zu Wort. In einem Artikel im SED-Zentralorgan ‚Neues Deutschland‘ attackierte er insbesondere Hickmanns Ausführungen zur Neutralität Deutschlands und der Eigenständigkeit der Parteien und betonte auf dieser Grundlage, dass der CDU-Landesvorsitzende *es mit dem Kampf um die Einheit Deutschlands nicht ehrlich meinen* könne.²³⁹ Auch das SED-Organ ‚Sächsische Zeitung‘ griff Hickmann nun direkt an.²⁴⁰ Dieser ließ sich jedoch nicht einschüchtern. Auf einer Versammlung am 17. Januar 1950 in Markkleeberg attackierte er nun seinerseits die SED und warnte vor der Gefahr des Totalitarismus.²⁴¹ Damit hatte die SED einen Vorwand, Hickmann von seinem Posten zu entfernen, und erarbeitete eine Strategie zu seiner Ausschaltung.²⁴² Zunächst wurde über die Presse weiterhin Stimmung gegen ihn gemacht. Dabei konnte sich die SED wieder auf Magnus Dedek verlassen, der am 18. Januar gegen die Stimmen der eigenen Partei in Aue zum Kreisrat gewählt wurde, nachdem sein Vorgänger und der CDU-Kreisvorsitzende offenbar zum Rücktritt gezwungen worden waren.²⁴³ Am gleichen Tag hatte die ‚Union‘ eine Zuschrift von ihm veröffentlicht, über die kurz darauf auch in der ‚Sächsischen Zeitung‘ und dem ‚Neuen Deutschland‘ berichtet wurde. Darin stellte er seine

in der Deutschen Demokratischen Republik (1949 bis 1950), Diss. Leipzig 1963. S. 77. Vgl. aber auch Protokoll einer Rede Hugo Hickmanns auf einer Versammlung in Chemnitz am 27. September 1949, in: SAPMO-BA DY 30/95357, Bl. 12.

²³⁹ Vgl. ‚Professor Hickmanns ‚Eigenständigkeit‘, in: Neues Deutschland vom 14. Januar 1950. Der Artikel ist mit dem Kürzel *F.K.* gezeichnet. Vgl. jedoch WALTER ULBRICHT, ‚Professor Hickmanns ‚Eigenständigkeit‘, in: Ders., *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen*, Bd. 3: 1946–1950, Zusatzband, Berlin (Ost) 1971, S. 750-754.

²⁴⁰ Vgl. ‚Einige Fragen an Herrn Professor D. Hickmann‘, in: Sächsische Zeitung vom 16. Januar 1950.

²⁴¹ Bericht von Jochen Zimmermann über eine Rede Hugo Hickmanns auf der öffentlichen Einwohnerversammlung der CDU am 17. Januar 1950 in Markkleeberg, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 830, Bl. 82-85; Bericht über die Hickmann-Versammlung am 16. Januar 1950 in Markkleeberg, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 1873. Vgl. auch ‚Ehrliche Blockpolitik‘, in: Neue Zeit vom 18. Januar 1950; ‚Herrn Prof. Hickmanns Doppelspiel am Pranger‘, in: Sächsische Zeitung vom 23. Januar 1950.

²⁴² Vgl. SCHRIEFL, *Versammlung* (wie Anm. 36), S. 234.

²⁴³ Vgl. Notiz zu einem Anruf des Genossen Schreiber aus dem SED-Kreisverband Aue vom 19. Januar 1950 zur Wahl Dedeks, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 1873. Die Lage im Kreis Aue war schon einige Zeit angespannt, vgl. Bericht über die Vorgeschichte zum Fall Hickmann, in: ACDP 03-013-682/4; Bericht über die Vorgänge in der CDU des Kreises Aue, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 1873. Aufgrund der Haltung der SED in Bezug auf die Neubesetzung des Kreisrates für Handel und Versorgung und des 1. Bürgermeisters von Aue hatte die CDU auf einer Besprechung des engeren Landesvorstandes eigentlich auf die Neubesetzung der ihr zustehenden beiden Ämter verzichtet, vgl. Niederschrift über die Arbeitsbesprechung der Vorsitzenden am 13. Januar 1950, in: ACDP 03-035-001.

innerparteilichen Gegner im Kreisverband Aue als Feinde der DDR dar. Für die SED-Presse war es nun ein Leichtes, eine enge Verbindung Hickmanns zu diesen *reaktionären Elementen* herzuleiten.²⁴⁴ Hinzu kam, dass die sächsische CDU ihre Mitarbeit im Landesblock infolge der scharfen Angriffe gegen CDU-Finanzminister Gerhard Rohner vorläufig beendete.²⁴⁵ Daraufhin organisierte die SED Belegschaftsversammlungen in sächsischen Fabriken und Unternehmen, in denen vorgefertigte Resolutionen beschlossen wurden, die Hickmann und Rohner zum Rücktritt aufforderten.²⁴⁶ Gleichzeitig trafen in der Landesgeschäftsstelle jedoch auch Stellungnahmen von CDU-Kreisverbänden, Betriebs- und Ortsgruppen ein, die ausdrücklich ihre Unterstützung für den Landesvorsitzenden bekundeten.²⁴⁷

Höhepunkt der Aktionen gegen Hickmann bildete jedoch ein durch Walter Ulbricht persönlich von Berlin aus in Zusammenarbeit mit Ernst Lohagen beauftragter Sturm auf die Landesgeschäftsstelle der CDU in der Dresdner Tiergartenstraße 36 am 23. Januar 1950.²⁴⁸ An diesem Tag fuhrn mehrere Lkw mit Arbeitern vor dem Gebäude vor, die von der SED unter einem Vorwand aus Dresdner Betrieben herbeigeht worden waren.²⁴⁹ Unter Anleitung eines SED-Funktionärs

²⁴⁴ Vgl. ‚Für Feinde der Demokratie darf in der CDU kein Platz sein‘, in: Sächsische Zeitung vom 20. Januar 1950; ‚Für Agenten in der Union kein Platz!‘, in: Neues Deutschland vom 21. Januar 1950. Vgl. auch RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 223.

²⁴⁵ Vgl. Niederschrift über die Arbeitsbesprechung der Vorsitzenden am 13. Januar 1950, in: ACDP 03-035-001; Schreiben von Hickmann an Götting vom 12. Juni 1950, in: ACDP 07-011-2993; Schreiben von Hickmann an Ernst Lohagen vom 18. Januar 1950, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 830, Bl. 86. Vgl. auch Entwurf eines Aufrufes des Landesblocks zur Ankündigung der CDU Sachsen, sich nicht mehr an der Arbeit zu beteiligen: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 830, Bl. 95; Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 25. Januar 1950, in: ACDP 07-011-0484.

²⁴⁶ Vgl. die verschiedenen Zuschriften, in: ACDP 03-035-002. Vgl. auch ‚Finanzminister Rohner deckt Agenten und Saboteure‘, in: Sächsische Zeitung vom 23. Januar 1950.

²⁴⁷ Vgl. die unterschiedlichen Erklärungen, in: ACDP 03-035-003.

²⁴⁸ Lohagen beschrieb die organisierten Teilnehmer des Sturms recht euphemistisch als ‚Betriebs- und Bauerndelegationen‘, vgl. Telegramm von Ernst Lohagen an Walter Ulbricht vom 23. Januar 1950, in: SAPMO-BA, Nachlass Walter Ulbricht NY 4182/909, Bl. 134. Am gleichen Tag gaben auch die Sowjets ihre Einwilligung zum Vorgehen gegen Hickmann, vgl. SIEGFRIED SUCKUT, Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung. Konzeptionelle Differenzen, Legitimations- und Akzeptanzprobleme, in: Elke Scherstjanoi (Hg.), „Provisorium für längstens ein Jahr“. Protokoll des Kolloquiums „Die Gründung der DDR“, Berlin 1993, S. 84-101, hier S. 95 mit Anm. 54.

²⁴⁹ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf verschiedene Quellen: Bericht aus dem Nachlass von Regina Ernst, in: ACDP 01-297-007/3 (Dieser Bericht könnte Franz Lehnert zuzuordnen sein, vgl. die auffallenden Ähnlichkeiten zu seinen Aussagen gemäß einem Bericht des SED-Landesvorstandes Sachsen, Abteilung Massenagitation vom 2. Februar 1950: ‚Gerichte [sic!] zum Fall Hickmann‘. Zudem sind im Nachlass von Regina Ernst auch diverse Unterlagen von Lehnert überliefert, vgl. ACDP 01-297-007/3.); Bericht über die Vorgeschichte zum Fall Hickmann, in: ACDP 03-013-682/4; Bericht eines R. Marbach, Die Vorgänge in Dresden am 24./25. Januar 1950, in: ACDP 03-013-682/4. Telegrammwechsel zwischen Ernst Lohagen und Walter Ulbricht vom 23. bis 25. Januar 1950, in: SAPMO-BA NY 4182/909, Bl. 134-144. Vgl. auch Bericht des Volkspolizeipräsidiums Dresden, Abteilung K, Kommissariat F vom 23. Januar 1950 zur Protestdemonstration des 14. Stadtbezirkes der SED zum Landesvorstand der

stürmten sie das Haus und bedrängten die Mitarbeiter. Verschiedene Teilnehmer hätten sich bereits hier darüber geäußert, wie peinlich ihnen die Angelegenheit sei. Im Büro Hickmanns, der hinter seinem Schreibtisch sitzen blieb, riefen die Rädelsführer Beleidigungen wie: *Hebt doch das Schwein mal hoch!* oder *Hängt ihn auf, die Sau!* Anscheinend forderten die Randalierer auch seinen Rücktritt.²⁵⁰ Plötzlich erschien Außenminister Georg Dertinger in der Landesgeschäftsstelle und handelte mit den Besetzern aus, dass die Vorwürfe gegen Hickmann bis zum folgenden Tag geklärt werden sollten. Zudem entthob er Hickmann seines Postens und übernahm selbst die Geschäftsführung des Landesverbandes.²⁵¹ Die Angreifer zogen daraufhin wieder ab. Am selben Abend betonte Martin Knabe während einer Sitzung des Kreistages Dresden-Land, dass ihn die Vorgänge *an die Kristallnacht mit dem ebenso spontanen Abbrennen der Synagogen* erinnert hätten.

Hickmann selbst soll am Abend erklärt haben, dass Dertinger ihn in eine kaum zu ertragende Lage gebracht habe, was nicht falsch war. Dessen Vorgehen war zwar zu keinem Zeitpunkt rechtmäßig, doch hatte Dertinger die SED und die Sowjets auf seiner Seite.²⁵² Am frühen Dienstagmorgen ging auf der Landesgeschäftsstelle die Mitteilung ein, dass Dertinger zudem Landesgeschäftsführer Hans Teubert und den Leipziger Bürgermeister Josef Rambo, mit dem er offenbar befreundet war und der ebenfalls zu den ‚fortschrittlichen‘ Kräften gezählt wurde, zu stellvertretenden Landesvorsitzenden berief.²⁵³ Hickmann konnte sich zumin-

CDU in Dresden, in: HStA Dresden, Landesbehörde der Volkspolizei Sachsen 11378, Nr. 358, Bl. 211; ‚Protestkundgebung der Betriebsdelegationen‘, in: Sächsisches Tageblatt vom 26. Januar 1950. Die Angaben zu Zahlen und Herkunft der Arbeiter differieren. Der Bericht aus dem Ernst-Nachlass, der sehr ausführlich ist, nennt zehn Lkw mit etwa 300 Personen, denen gesagt worden sei, dass sie bei der Landesregierung wegen der Kohlenversorgung protestieren sollten. Marbach spricht nur von drei Lkw. Der Bericht der Volkspolizei nennt allerdings ebenfalls 300 bis 350 Demonstranten. Die Arbeiter sollen u. a. aus der ‚Dresdner Kleider- und Schürzenfabrik‘ herbeigeht worden sein. Im Bericht über die Vorgeschichte wird hingegen gesagt, dass die Arbeiter aus dem Vogtland und dem Uranbergbau der Wismut AG stammten, die nach Dresden mit dem Versprechen gelockt worden seien, dass sie dort *Bonbons und Süßigkeiten* empfangen würden. Diese Angaben sind aber weniger glaubwürdig. Nach dem Ernst-Bericht sei eine ältere Frau am Abend des 23. Januar in der Landesgeschäftsstelle erschienen, die sich an dem Sturm beteiligt habe und sich dafür entschuldigen wollte. Demnach muss sie eine ortsansässige Person gewesen sein.

²⁵⁰ Der Bericht über die Vorgeschichte weicht hier stark ab von den beiden anderen. Nach dieser Version sei Hickmann aufgrund einer Tagung gar nicht im Gebäude gewesen. Dies ist aber nicht sehr wahrscheinlich.

²⁵¹ Vgl. PETER JOACHIM LAPP, Georg Dertinger: Journalist – Außenminister – Staatsfeind, Freiburg/Basel/Wien 2005, S. 115, der den ganzen Vorgang leider nur sehr knapp und nicht ganz korrekt beschreibt. Seine Ansicht, dass Dertinger nur als „Platzhalter“ für Nuschke fungiert habe, ist zudem überaus spekulativ und nicht mit den Quellen vereinbar.

²⁵² Vgl. ‚Herrn Prof. Hickmanns wahres Gesicht‘, in: Sächsische Zeitung vom 24. Januar 1950, worin Hickmann *Unterstützung für die Spaltungspolitik des anglo-amerikanischen Imperialismus und seiner Agenten in Bonn* vorgeworfen wurde.

²⁵³ Vgl. Bericht aus dem Ernst-Nachlass, in: ACDP 01-297-007/3; Bericht von R. Marbach, in: ACDP 03-013-682/4. Dazu passt, dass Dertinger nach Angaben Rambos die ganze

dest noch auf die Unterstützung der Basis und diverser Kreisvorsitzender verlassen, was auf der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am 24. Januar deutlich wurde.²⁵⁴ In Abwesenheit des bisherigen Landesvorsitzenden wurde Dertinger scharf kritisiert. Aber die Entscheidungen in dieser Hinsicht fielen nicht mehr in Dresden, sondern in Berlin.

Hier versuchte Dertinger in Abwesenheit Otto Nuschkes, der in seiner Eigenschaft als stellvertretender Ministerpräsident auf der Beisetzung des bulgarischen Ministerpräsidenten Wassil Kolarow in Sofia weilte, auf einer Sitzung des Politischen Ausschusses am Mittwoch, den 25. Januar Fakten zu schaffen, nachdem er sich offenbar mit Ulbricht besprochen hatte.²⁵⁵ Dies gelang ihm nur bedingt. Zwar billigte man das *Ersuchen des engeren Vorstandes des Landesverbandes Sachsen*, Dertinger die Geschäftsführung der CDU Sachsen zu überlassen. Hickmann trat jedoch ausdrücklich nicht zurück, sondern ließ seine Funktion als Landesvorsitzender nur ruhen. Zudem sollte über Folgen aus einer Untersuchung von Vorwürfen gegen Hickmann erst nach Nuschkes Rückkehr entschieden werden.²⁵⁶

Zwei Tage später fand die Beerdigung des am 22. Januar 1950 verstorbenen Ludwig Kirsch statt. Hierzu erschien auch der aus Bulgarien zurückgeeilte Nuschke, der sich beim Trauerzug nicht nur neben Hickmann einreichte, sondern ihm am Grabe Kirschs auch ausdrücklich die Hand reichte.²⁵⁷ Damit machte er seine Unterstützung für die Position des sächsischen Landesvorsitzenden mehr als deutlich. Am Samstag, den 28. Januar kam es wiederum in Berlin zunächst zu einer offenkundig hitzig verlaufenden Besprechung zwischen Nuschke und Dertinger.²⁵⁸ Anschließend fand ab 9 Uhr eine Ministerkonferenz statt, auf der der thüringische Verkehrsminister Wilhelm Bachem weitere Personen massiv angriff, die sich nicht ohne weiteres der vorgegebenen Parteilinie beugen wollten.²⁵⁹ Die

Nacht mit der SED verhandelt haben soll, vgl. Protokoll der Vorstandssitzung des Kreisverbandes Leipzig am 25. Januar 1950, in: ACDP, Sammlung Volkmar Hänel 06-050-001. Eine Erklärung dieses neu gebildeten engeren Landesvorstandes erschien bezeichnenderweise ebenfalls bereits am Dienstag in der Sächsischen Zeitung, dem Organ der SED, vgl. ‚Erklärung des engeren CDU-Landesvorstandes‘, in: Sächsische Zeitung vom 24. Januar 1950. Vgl. auch ‚Beschluß des Landesvorstandes der CDU‘, in: Die Union vom 25. Januar 1950.

²⁵⁴ Vgl. Bericht aus dem Ernst-Nachlass, in: ACDP 01-297-007/3; SCHRIEFL, Versammlung (wie Anm. 36), S. 235. Vgl. auch ‚Für baldige gerechte Entscheidung‘, in: Die Union vom 28. Januar 1950.

²⁵⁵ Vgl. Telegramm von Ernst Lohagen an Walter Ulbricht vom 25. Januar 1950, in: SAPMO-BA NY 4182/909, Bl. 142.

²⁵⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 25. Januar 1950, in: ACDP 07-011-0484; Bericht über den Fall Dertinger und Nuschke, in: ACDP 03-013-682/4.

²⁵⁷ Vgl. Bericht aus dem Ernst-Nachlass, in: ACDP, Personenbestände CDU in der SBZ/DDR 01-297-007/3; Bericht über den Fall Dertinger und Nuschke, in: ACDP 03-013-682/4.

²⁵⁸ Vgl. Bericht über den Fall Dertinger und Nuschke, in: ACDP 03-013-682/4.

²⁵⁹ Das Protokoll der Ministerkonferenz am 28. Januar 1950, in: ACDP 07-011-2364, Bl. 174 nennt namentlich den mecklenburgischen Wirtschaftsminister Siegfried Witte, den Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt Erich Fascher und den brandenburgischen

Vorgänge in Dresden dienten also auch als Einschüchterungsmaßnahme für andere CDU-Funktionäre. Offenbar führte dieses Vorgehen aber zu einer Solidarisierung des größten Teils der Anwesenden mit Hickmann.²⁶⁰

Am selben Tag trat um 15 Uhr der Politische Ausschuss zusammen, auf dem Nuschke verkündete, dass die geplante Aussprache über die Vorgänge in Sachsen verschoben werden müsse, da für den Abend noch ein Gespräch mit der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) angesetzt sei.²⁶¹ In dem Gespräch, das Nuschke mit dem Leiter der SKK, Armeegeneral Tschuikow, persönlich führte, dürfte dieser dem CDU-Vorsitzenden deutlich gemacht haben, dass die Sowjets zu Hickmann kein Vertrauen mehr hätten und er nicht mehr zu halten sei.²⁶² Am folgenden Tag trat der Politische Ausschuss um 18 Uhr erneut zusammen. Gemäß dem Protokoll wurde nach längerer Beratung und einer einstündigen Unterbrechung ein Communiqué verabschiedet. Demnach habe Hickmann bereits zu Beginn der Sitzung eine Erklärung abgegeben. So fühle er sich zwar seinem Landesverband aufs Engste verbunden und sei gebeten worden, nicht von sich aus als Landesvorsitzender zurückzutreten, in der gegebenen Situation sei die Weiterarbeit als Landesvorsitzender jedoch unmöglich geworden. Er verzichte daher auf die weitere Ausübung dieses Amtes wie auch auf die Stellung als zweiter Vorsitzender des Gesamtverbandes. Im Gegenzug würdigte der Politische Ausschuss die geleistete Arbeit Hickmanns, vor allem vor dem Hintergrund der in letzter Zeit gegen ihn erhobenen Diffamierungen und der sich aus ihnen ergebenden Folgen. Ausdrücklich missbilligte der Politische Ausschuss diese Ereignisse und erwartete, dass in Zukunft von solchen Methoden Abstand genommen werde. Im Hinblick auf den Rücktritt Hickmanns stellte auch Dertinger fest, dass sich die Übernahme der kommissarischen Leitung des Landesverbandes erledigt habe und dass die Funktionen Hickmanns auf dessen Stellvertreter Otto Freitag übergingen. Dem sächsischen Landesvorstand wurde empfohlen, die kommissarische Berufung von Rambo und Teubert in den engeren Landesvorstand aufrechtzuerhalten.²⁶³ Von den Erklärungen Hickmanns und des Politischen Ausschusses haben sich mit der

Minister für Arbeit und Sozialwesen Fritz Schwob. Alle drei wurden im Laufe des Jahres 1950 aus ihren Funktionen entfernt.

²⁶⁰ Vgl. Bericht über den Fall Dertinger und Nuschke, in: ACDP 03-013-682/4.

²⁶¹ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Politischen Ausschusses am 28. Januar 1950, in: ACDP 07-011-0484.

²⁶² Vgl. Bericht über den Fall Dertinger und Nuschke, in: ACDP 03-013-682/4. Der Termin des Gesprächs war jedoch nicht wie hier angegeben am Sonntagvormittag, sondern schon am Samstagabend, vgl. Einleitung Hickmanns zu seiner Erklärung am 29. Januar 1950, in: ACDP 07-011-0484.

²⁶³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 29. Januar 1950 sowie stenografische Notizen dazu, in: ACDP 07-011-0484. Die Aussage des schon mehrfach genannten Berichtes, wonach es zunächst danach aussah, als ob Hickmann hätte gehalten werden können, bis die geschlossene Phalanx der Landesvorsitzenden aufzubrechen begann, ist angesichts des am Abend zuvor stattgefundenen Gesprächs bei der SKK wenig glaubhaft, vgl. Bericht über den Fall Dertinger und Nuschke, in: ACDP 03-013-682/4.

Schreibmaschine verfasste Entwürfe erhalten, die wiederum handschriftlich korrigiert wurden, was darauf hindeutet, dass es Aushandlungsprozesse darüber gegeben hat, wie beide Seiten möglichst gesichtswahrend aus der Situation herauskommen konnten.²⁶⁴ Für Hickmann dürfte im Vordergrund gestanden haben, die Partei vor einer Spaltung zu bewahren, die der SED und den Sowjets eine willkommene Gelegenheit gegeben hätte, gegen ihre Kritiker noch schärfer vorzugehen. Außerdem diene sein Rücktritt dazu, Nuschke zu stützen, der sich durch seine demonstrative Unterstützung Hickmanns in eine Zwangslage manövriert hatte.²⁶⁵ Die Gegner Hickmanns waren hingegen daran interessiert, keinen zweiten ‚Fall Kaiser‘ zuzulassen und dennoch klar zu machen, dass jeder Gedanke an die Herstellung der Einheit Deutschlands mittels Neutralität nur im Interesse der *Kriegsinteressenten im Westen* sei.²⁶⁶ Dementsprechend wurde die Darstellung Hickmanns als ‚Reaktionär‘ quasi kanonisiert,²⁶⁷ und die Anhänger einer demokratischen CDU, die man nun ebenfalls nach und nach aufspürte und aus ihren Ämtern entfernte oder verhaftete, sofern sie nicht in den Westen fliehen konnten oder sich als Informanten rekrutieren ließen,²⁶⁸ wurden als ‚Hickmänner‘ bezeichnet.²⁶⁹ Dagegen war der Weg zur Wahl parlamentarischer Gremien über eine Einheitsliste geegnet, was seitens des Landesvorstandes nun auch bald ausdrücklich anerkannt wurde.²⁷⁰ Im Juni 1950 wurde Josef Rambo zum neuen Landesvorsitzenden gewählt, der sich aber schon wenige Monate später nach West-Berlin absetzte.²⁷¹ Sein Nachfolger wurde Magnus Dedek, der bis zur Auflösung des

²⁶⁴ Vgl. Entwürfe für die Erklärungen Hickmanns und des Politischen Ausschusses, in: ACDP 07-011-0484. Vgl. auch ‚Professor D. Hickmann zurückgetreten‘, in: Die Union vom 1. Februar 1950.

²⁶⁵ Vgl. Bericht über den Fall Dertinger und Nuschke, in: ACDP 03-013-682/4. Vgl. auch RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 225 f. Wenige Tage später erklärte Hickmann auch seinen Rücktritt als Landtagsabgeordneter, vgl. Aktennotiz zu einem Gespräch des Genossen Haak mit Franz Jensch am 10. Februar 1950, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 830, Bl. 116 f.

²⁶⁶ So Walter Ulbricht in einem Interview: ‚Klärung bedeutet Festigung des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien‘, in: Neues Deutschland vom 1. Februar 1950. Ebenfalls abgedruckt unter dem Titel ‚Klärung bedeutet Festigung‘, in: Die Union vom 4. Februar 1950. Vgl. auch Protokoll der Sekretariatssitzung des SED-Landesverbandes Sachsen am 30. Januar 1950, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 788, Bl. 93-97.

²⁶⁷ Vgl. RUDOLF HERRNSTADT, ‚Hickmann – das Profil eines Reaktionärs‘, in: Sächsische Zeitung vom 27. Januar 1950; ‚Hinweg mit den Adenauer-Elementen!‘, in: Volksstimme vom 1. Februar 1950; ‚Naturgeschichte eines Reaktionärs‘, in: Neues Deutschland vom 1. Februar 1950. Ebenfalls abgedruckt unter dem Titel ‚Material zum Fall Hickmann‘, in: Die Union vom 4. Februar 1950. Vgl. auch: Der Kampf gegen die reaktionären Elemente hinter Hickmann und ihre Auftraggeber. Stichworte für Referate und Diskussionsreden, herausgegeben vom Landesvorstand der SED, Abt. Massenagitation, in: HStA Dresden, IV/A Nr. 830, Bl. 108-117.

²⁶⁸ Vgl. Bemerkenswerte blockpolitische Erscheinungen in Sachsen, in: SAPMO-BA DY 30/95371, Bl. 37-73.

²⁶⁹ Vgl. ERICH UHLICH, ‚Hickmänner am Werk!‘, in: Volksstimme vom 11. Februar 1950.

²⁷⁰ Vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 227 f.

²⁷¹ Vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 251 f. Vgl. auch Bericht über den IV. Landesparteitag der CDU Sachsen, in: HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 830, Bl. 152-162.

Landesverbandes im Zuge der Verwaltungsreform in der DDR 1952 im Amt blieb. Beide hatten maßgeblichen Anteil daran, dass die CDU in Sachsen sich schließlich zu einer von der SED abhängigen Blockpartei entwickelte.²⁷²

Nur kurze Zeit nach Hickmanns erzwungenem Rücktritt zeigte sich, dass die Erklärung, die der Politische Ausschuss zu seinen Gunsten abgegeben hatte, nichts wert war. Bereits am 1. Juni 1950 beschloss der engere Landesvorstand den Ausschluss Hickmanns aus der CDU.²⁷³ Als Reaktion schrieb Hickmann einen Brief an Nuschke, in dem er die Haltlosigkeit der gegen ihn vorgebrachten Diffamierungen nochmals verdeutlichte. Dennoch wolle er nicht dagegen vorgehen. Seine ehemaligen Mitarbeiter hätten diesen Beschluss *vor ihrem Gewissen und ihrer Ehre zu verantworten*.²⁷⁴ Hickmann selbst scheinen diese Vorgänge schwer zugesetzt zu haben.²⁷⁵

Er blieb in den folgenden Jahren weiterhin im Hochstift Meißen kirchlich engagiert.²⁷⁶ Seit 1945 hatte er das Amt des Dompropstes inne.²⁷⁷ Allerdings erhielt er auch die Verbindung zur CDU aufrecht. Nach Auskunft eines Telegramms des Direktors der Berliner Vertretung des US-amerikanischen Hohen Kommissars vom Mai 1950 habe Ernst Lemmer weiterhin Kontakt zu Hickmann gehabt und von ihm das Versprechen erhalten, sich der Exil-CDU nach ihrer Konstituierung anzuschließen. Er wollte jedoch so lange wie möglich in Sachsen bleiben, wo er allein durch seine Präsenz ein Symbol des Widerstandes sei.²⁷⁸ Ob er tatsächlich, wie Richter behauptet, „wichtigster sächsischer Verbindungsmann“ der Exil-

²⁷² Vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 300-302. Zu den Methoden der SED, an der Basis der CDU den ‚fortschrittlichen Kräften‘ zum Durchbruch zu verhelfen, vgl. etwa HStA Dresden, 11856, IV/A Nr. 1875 sowie Nr. 1876.

²⁷³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Engeren Landesvorstandes am 1. Juni 1950, in: ACDP 03-035-001; ‚Der Fall Hickmann‘, in: Der Kurier vom 3. Juni 1950; ‚Der Landesparteitag Sachsen der CDU‘, in: Die Union vom 3. Juni 1950. Vgl. auch Protokoll der Sitzung des ‚Großen Blocks‘ am 22. Mai 1950, in: ACDP 03-035-102; Vermerk zur Blockpolitik in Sachsen, in: SAPMO-BA DY 30/95371, Bl. 29-31.

²⁷⁴ Vgl. Schreiben von Hickmann an Nuschke vom 20. Juni 1950, in: ACDP 07-011-2993.

²⁷⁵ So vertraute er Ernst Lemmer Anfang Juni 1950 an, dass er *einen unerhörten Nervenkrieg* durchstehe, vgl. Schreiben von Lemmer an Adenauer vom 10. Juni 1950, in: Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf, I 10.21, Bl. 267.

²⁷⁶ Vgl. Schreiben des Sekretärs des Hochstifts Meißen an den Präsidenten des Ev.-Luth. Landeskirchenamtes Sachsen vom 26. Juli 1955, in: Landeskirchenarchiv Dresden (im Folgenden: LKA Dresden), Best. 2, Nr. 3891, Bl. 81, wonach Hickmann seit 1945, *in ständiger Vertretung des Dechanten, die Geschäfte des Kapitels geführt und für unseren lieben Dom gesorgt* habe.

²⁷⁷ Telefonische Auskunft des Hochstifts Meißen vom 10. Mai 2021. Nach den vorliegenden Quellen ist Hickmann in dieser Position erst ab 1950 belegbar, vgl. Abschrift eines Schreibens Hickmanns an das Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsen vom 30. Mai 1950, in: LKA Dresden, Best. 2, Nr. 3891, Bl. 51.

²⁷⁸ Vgl. The Director of the Berlin Element, HICOG to the Office of the United States High Commissioner for Germany, Frankfurt, in: WILLIAM Z. SLANY/CHARLES S. SAMPSON/ROGERS P. CHURCHILL (Hg.), Foreign Relations of the United States, 1950, Bd. 4: Central and Eastern Europe; The Soviet Union, Washington D. C. 1980, doc. 512, S. 956 f.

CDU war,²⁷⁹ sei dahingestellt, da über die Art seiner Tätigkeit keine Dokumente bekannt sind, sieht man von einer Empfehlung ab, die er einem ihm bekannten CDU-Mitglied 1952 vor dessen Flucht in den Westen mitgab.²⁸⁰ Hickmann starb am Pfingstmontag, den 30. Mai 1955 um 14:30 Uhr in seinem Wohnort Langebrück bei Dresden an einem Herzschlag.²⁸¹ Während die ‚Neue Zeit‘ wenigstens in einer Kurzmeldung darüber informierte,²⁸² blieben den Lesern der ‚Union‘ nur zwei privat aufgegebene Todesanzeigen, um das Ableben ihres ehemaligen Landesvorsitzenden zur Kenntnis zu nehmen.²⁸³ Das Begräbnis auf dem Friedhof der Kirchgemeinde Langebrück wurde entsprechend misstrauisch von einem Abgesandten des Sekretariates des CDU-Bezirksverbandes Dresden beobachtet. Zur Beruhigung der Funktionäre konnte er aber mitteilen, dass bis auf den ehemaligen Kreisvorsitzenden von Meißen kein ihm bekanntes CDU-Mitglied anwesend war und nur die kirchlichen Verdienste Hickmanns, aber keine politischen Aspekte angesprochen wurden. Dies wurde auch an Generalsekretär Gerald Götting weitergemeldet.²⁸⁴

Die zum Teil zu findende Angabe, wonach Hickmanns Grab auf SED-Anweisung hin ohne Kennzeichnung geblieben sein soll, dürfte in den Bereich der Legende zu verweisen sein.²⁸⁵ Zum einen handelte es sich um das Familiengrab der Hickmanns,²⁸⁶ zum anderen bezahlte das Hochstift Meißen von 1955 bis 1985 für die Pflege des Grabes.²⁸⁷ Anfang der 1990er-Jahre war das Grab allem Anschein nach in einem verwahrlosten Zustand. In einem Schreiben wird berichtet, dass der Teil des Grabsteins, auf dem der Name Hugo Hickmanns stehe, von

²⁷⁹ Vgl. RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 229.

²⁸⁰ Vgl. Karteikarte zu Paul Eckhardt, in: ACDP 03-013-730. Vgl. auch RICHTER, Ost-CDU (wie Anm. 118), S. 302.

²⁸¹ Vgl. Professor D. Hickmann verstorben, in: ADL, Bestand FDP-Ostbüro A45-93, Bl. 18; Schreiben des Stiftssekretärs des Hochstifts Meißen an den Präsidenten des Ev.-Luth. Landeskirchenamts Sachsen vom 30. Mai 1955, in: LKA Dresden, Best. 2, Nr. 3891, Bl. 74.

²⁸² Vgl. ‚Professor D. Hickmann †‘, in: Neue Zeit vom 3. Juni 1955.

²⁸³ Vgl. Todesanzeige für Hickmann von Katharina Schmidt, geb. Hickmann, in: Die Union vom 2. Juni 1955, sowie Todesanzeige für Hickmann von der Sächsischen Haupt-Bibelgesellschaft, in: Die Union vom 3. Juni 1955.

²⁸⁴ Vgl. Aktennotiz vom 4. Juni 1955 sowie Schreiben des Bezirksvorsitzenden Friedrich Mayer an Generalsekretär Gerald Götting vom 7. Juni 1955, in: ACDP, Bestand Bezirksverband Dresden 03-040-062/2.

²⁸⁵ Vgl. Leserbrief von Gerhard Heckmann, in: Dresdner Neueste Nachrichten vom 4. April 1995; Landeskirchliche Kredit-Genossenschaft Sachsen: Die mutigen Pioniere der Kirchenbanken, S. 3, online: <http://docplayer.org/12265948-Die-mutigen-pioniere-der-kirchenbanken.html> [Zugriff 26. November 2020]; Artikel ‚Hugo Hickmann‘, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Hickmann [Zugriff 26. November 2020].

²⁸⁶ Vgl. Auszüge aus dem Register der Kirchgemeinde Langebrück, in: ACDP 03-053-113/7.

²⁸⁷ Vgl. Schreiben der Kirchgemeinde Langebrück an den CDU-Landesverband Sachsen vom 23. August 1993, in: ACDP 03-053-113/7. Aus diesem Schreiben geht auch hervor, dass ein 1985 seitens der Gemeinde unternommener Versuch, die CDU für die Pflege des Grabes heranzuziehen, offenbar ins Leere lief.

Gestrüpp überwuchert sei.²⁸⁸ Zudem scheint die Inschrift verwittert gewesen zu sein. 1995 erklärte sich der CDU-Landesverband Sachsen dazu bereit, sich um die Pflege des Grabes zu kümmern.²⁸⁹ Am 23. Juni 1995 besuchten erstmals Vertreter der CDU Sachsen das Grab ihres ersten Vorsitzenden in offizieller Funktion aus Anlass seines vierzigsten Todestages.²⁹⁰

VI. Fazit

Das politische Wirken Hugo Hickmanns war von verschiedenen Determinanten bestimmt. Zum einen war dies die Herstellung eines auf föderalen Grundlagen stehenden einheitlichen demokratischen Deutschlands. Der Weg dorthin konnte für ihn nur über freie Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung laufen. Sein Bemühen um einen parlamentarisch-demokratischen ‚dritten Weg‘ zwischen der marktwirtschaftlich verfassten und an die westliche Staatengemeinschaft gebundenen Bundesrepublik sowie der staatssozialistischen und in das stalinistische Herrschaftssystem eingegliederten DDR, brachte ihn letztlich dazu, sich eng an die pazifistischen Konzeptionen von Ulrich Noack anzulehnen und den ‚christlichen Sozialismus‘ auch in der Zeit nach Jakob Kaiser weiterhin zu vertreten.

Die zweite Grundlage seiner Politik waren die unabänderlichen Fakten der Einbindung in den Demokratischen Block und die Beziehungen zur Besatzungsmacht. Eine auf Gleichberechtigung beruhende Blockpolitik war zumindest für eine Übergangszeit aus seiner Sicht heraus eine notwendige Voraussetzung für ein gutes Verhältnis zu den Sowjets. Daran hielt er auch dann noch fest, als sich bereits die Instrumentalisierung des Blocks für die Realisierung des Führungsanspruches der SED und die eindeutige Bevorzugung der Kommunisten durch die sowjetische Militärverwaltung zeigte. Dies sollte nicht voreilig als Beleg für eine naive Vertrauensseligkeit Hickmanns ausgelegt werden. Fakt war, dass er in Dresden keine andere Wahl hatte, als mit den Sowjets zu kooperieren und zu hoffen, dass die Siegermächte sich doch noch auf einen Weg zur Vereinigung Deutschlands verständigen würden. Dafür waren gewisse Kompromisse nötig, auch wenn dies von der relativ sicheren Position der Viermächtestadt Berlin oder gar den Westzonen aus nicht immer gern gesehen wurde. Offenbar waren erst die Gründung der DDR, die endgültige Festlegung der Oder-Neiße-Grenze und die zunehmende Unwahrscheinlichkeit freier Wahlen 1950 die Punkte, an denen seine Kompromissfähigkeit ihr Ende fand.

²⁸⁸ Vgl. Schreiben von Agatha Kobuch an den CDU-Landesverband Sachsen vom 21. Mai 1993, in: ACDP 03-053-054/7.

²⁸⁹ Vgl. Vermerk von Michael Gaerdts an Landesgeschäftsführer Rolf Wollziefer vom 10. April 1995, in: ACDP 03-053-113/7.

²⁹⁰ Vgl. Pressemitteilung des CDU-Landesverbandes Sachsen vom 23. Juni 1995, in: ACDP 03-053-113/7.

Als dritte Voraussetzung von Hickmanns Politik ist schließlich das Bemühen um die unbedingte Erhaltung der CDU zu nennen. Bereits in der Krise um Jakob Kaiser war deutlich geworden, dass die CDU als Gesamtpartei erhalten werden musste. Zum einen war klar, dass die Sowjets eine Spaltung niemals zugelassen hätten, zum anderen war aber auch der Gedanke abwegig, dass man die Partei als Reaktion auf die zunehmenden Angriffe einfach auflösen könnte, da dies ebenfalls keine reale Option war. Mit der Partei im Rücken konnte Hickmann über seine Position als Landesvorsitzender mit direktem Kontakt zum sowjetischen Militärapparat zumindest versuchen, sich für verfolgte und inhaftierte Mitglieder oder benachteiligte Parteigliederungen einzusetzen. Durch sein Eintreten blieb zumindest ein rudimentärer Schutz für CDU-Mitglieder erhalten, auch wenn seine Interventionen nicht immer zum Erfolg führten, wie das Beispiel Rudolf Schmidt zeigte. Noch sein erzwungener Rücktritt dürfte aus Rücksichtnahme auf die eigene Partei erfolgt sein.

Hugo Hickmann war in ein festes Koordinatensystem eingebunden, in dem er versuchte, eine eigenständige Politik zu betreiben. Seine hohe Beliebtheit an der CDU-Basis zeigte, dass er damit trotz seines hohen Alters ein echter Hoffnungsträger für viele Mitglieder war. Die eingangs erwähnte Aussage, wonach er „weder Realpolitiker noch Opportunist“ gewesen sein soll,²⁹¹ geht völlig am Kern seiner politischen Überzeugungen vorbei, denen er auch unter schwierigsten Umständen versuchte, treu zu bleiben.

²⁹¹ Vgl. BAUS, Christlich-Demokratische Union Deutschlands (wie Anm. 5), S. 144.